

Europaklima

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2019). *Europaklima*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61283-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Europaklima

Vertraulich!

INHALT

	Seite
ANZEICHEN EINER VERUNSICHERUNG	1
VERUNSICHERUNG DURCH ITALIEN	8
DAS MIGRATIONSTHEMA – EINE ANDAUERENDE QUELLE VON DISSENS IN EUROPA	12
SCHWÄCHERE DEUTSCHE POSITION IN DER EU?	21
WEITGEHEND STABILE VORSTELLUNGEN VON DEM EUROPÄISCHEN WERTEKANON.....	25

<u>TABELLENTEIL</u>	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I

TABELLEN

	Tabelle
<u>Europäische Union</u>	
Zustimmung zu "Europa ist unsere Zukunft"	1
Interesse	
• an Europapolitik	2
• an dem aktuellen Geschehen in anderen EU-Mitgliedsländern	3
Vertrauen in die Europäische Union	4

Tabelle

Mischt sich die Europäische Union zu sehr in nationale Angelegenheiten ein?	5
Sollten EU-Mitgliedsstaaten bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit sanktioniert werden?	6 a-c

Unterschiede und Gemeinsamkeiten der EU-Mitgliedsländer

Was überwiegt, die Gemeinsamkeiten oder die Gegensätze der EU-Länder?	7
"Europäische Werte" - Welche Werte verbindet man mit Europa?	8 a-d
Werte, die von den EU-Mitgliedsländern geteilt werden	9 a-d
Wie groß ist die Solidarität zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union?	10

Europäische Währung

Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung	11
Bringt der Euro für Deutschland alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?	12
Würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen?	13
Bedeutung des Euros und der Euro-Zone für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands	14
Welches Land birgt derzeit das größte Risiko für die Euro-Zone?	15

EU nach dem Brexit

Ausgleich des Etats der Europäischen Union nach dem Brexit durch -	
• Beitragserhöhung der EU-Mitgliedsländer?	16
• Einsparungen, z.B. Kürzungen von Förderprogrammen?	17
Stärkt der Brexit den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern?	18

Deutschland in der EU

Größe des Einflusses in der EU -

• von Deutschland.....	19
• von Bundeskanzlerin Angela Merkel	20
Veränderung des deutschen Einflusses in den letzten zwei, drei Jahren	21
Zufriedenheit mit der Interessensvertretung Deutschlands durch die Bundesregierung in der EU	22
Profitiert Deutschland von seiner EU-Mitgliedschaft?	23
Ist die Mitgliedschaft in der EU für die Zukunft Deutschlands von Vorteil?	24

Europäische Flüchtlingspolitik

Sanktionen gegenüber EU-Ländern mit geringer Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen?	25
Europäische Regelung versus Länderautonomie bei Flüchtlingskontingenten?	26
Können die EU-Außengrenzen wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung geschützt werden?	27
Bemühungen um eine gemeinsame Lösung der Flüchtlingssituation	28

Zukunft der Europäischen Union

Sind grundlegende politische Reformen in der EU notwendig?	29
Kommt es zu grundlegenden Reformen in der EU?	30
Bereiche, in denen die EU-Mitgliedsländer stärker zusammenarbeiten sollten ..	31 a-d

ANHANG

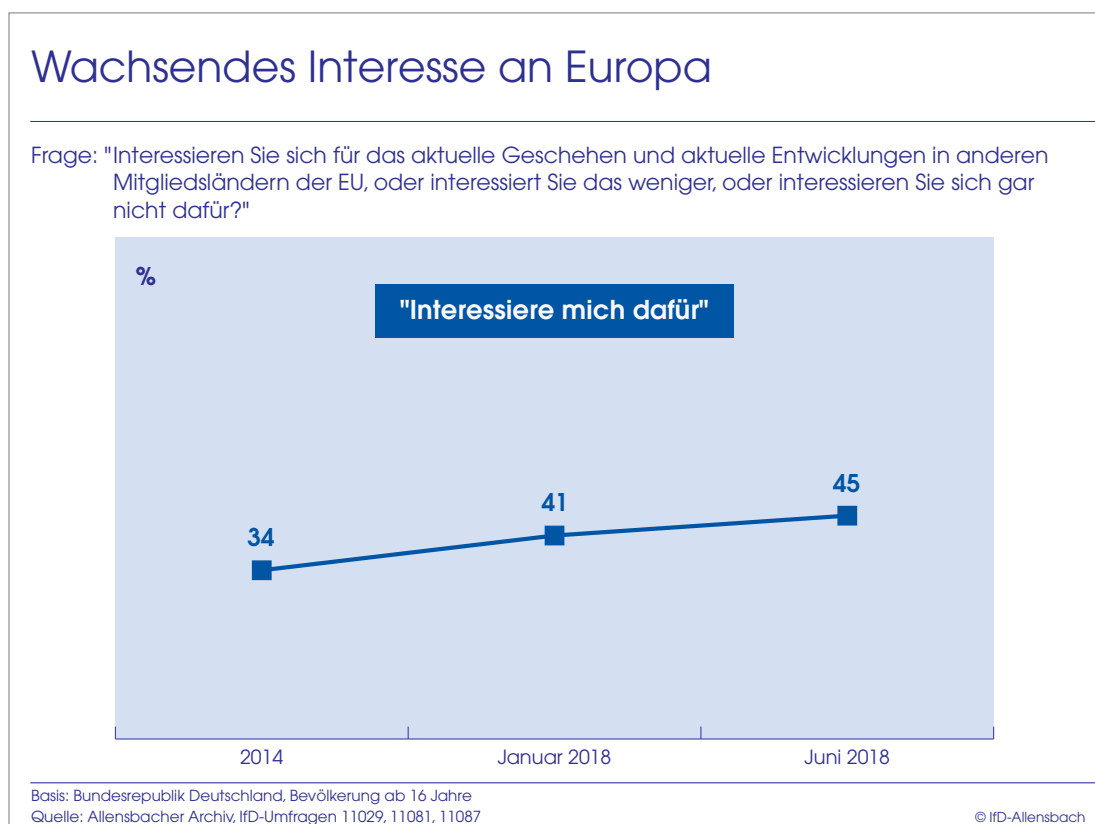
Untersuchungsdaten
 Statistik der befragten Personengruppen
 Fragenbogensauszug mit Anlagen

ANZEICHEN EINER VERUNSICHERUNG

Die deutsche Bevölkerung ist im internationalen Vergleich politisch überdurchschnittlich interessiert und informiert und reagiert entsprechend auf Ereignisse und Probleme mit steigendem Interesse und partiell Bewertungsänderungen. Beides ist zurzeit in Bezug auf Europa zu beobachten. Europa hat zurzeit viele Themen und Unsicherheiten, von den zähen Brexit-Verhandlungen über die veränderte Situation in Italien bis zu den Schwierigkeiten, sich bei der Flüchtlings- und Migrationspolitik zu einigen.

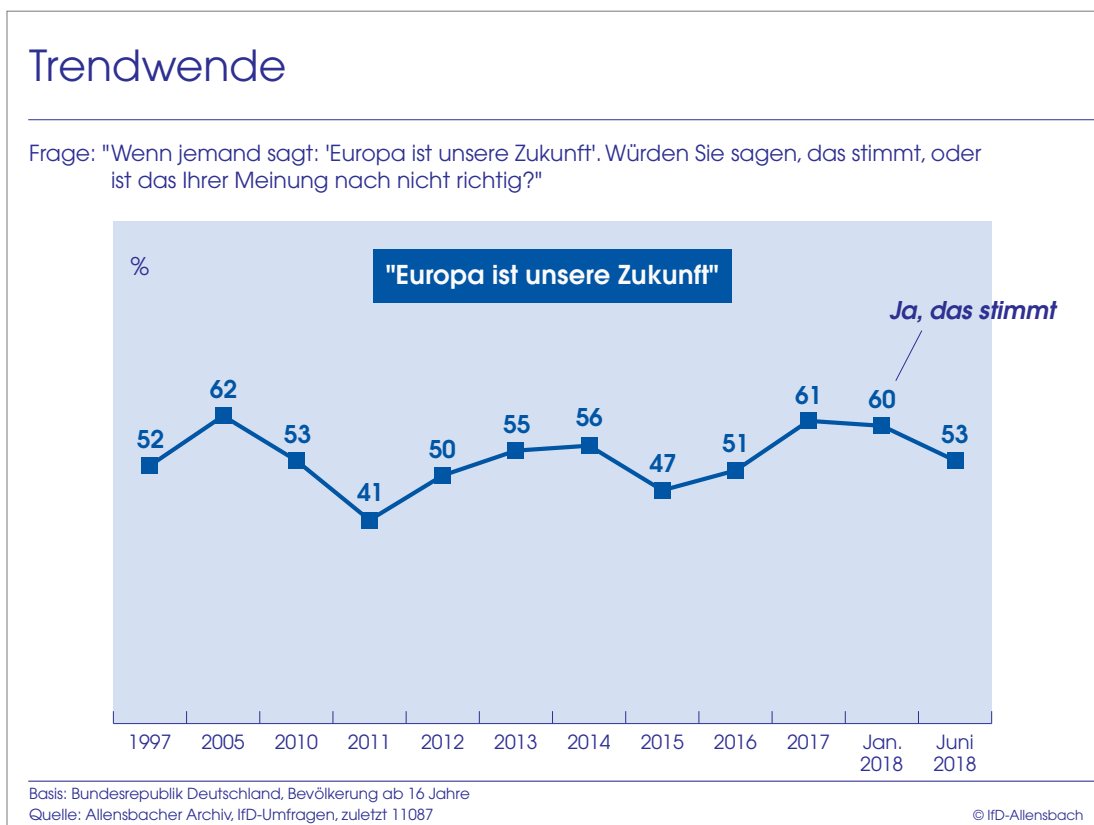
All dies trägt dazu bei, dass die Bürger die Entwicklung in anderen Mitgliedsländern mit wachsender Aufmerksamkeit verfolgen. Vor vier Jahren interessierte sich nur ein Drittel der Bevölkerung für die Entwicklung in anderen Mitgliedsländern, Anfang 2018 41 Prozent, aktuell 45 Prozent.

Schaubild 1



Das gestiegene Interesse geht nicht auf wachsende Begeisterung für die europäische Idee zurück, sondern ist eher ein Zeichen von Verunsicherung durch die veränderten Rahmenbedingungen in Europa. Der Anteil der Bevölkerung, der sich ohne Einschränkung überzeugt zeigt, dass Europa, der europäische Verbund, die Zukunft ist, hat sich im ersten Halbjahr von 60 auf 53 Prozent verringert.

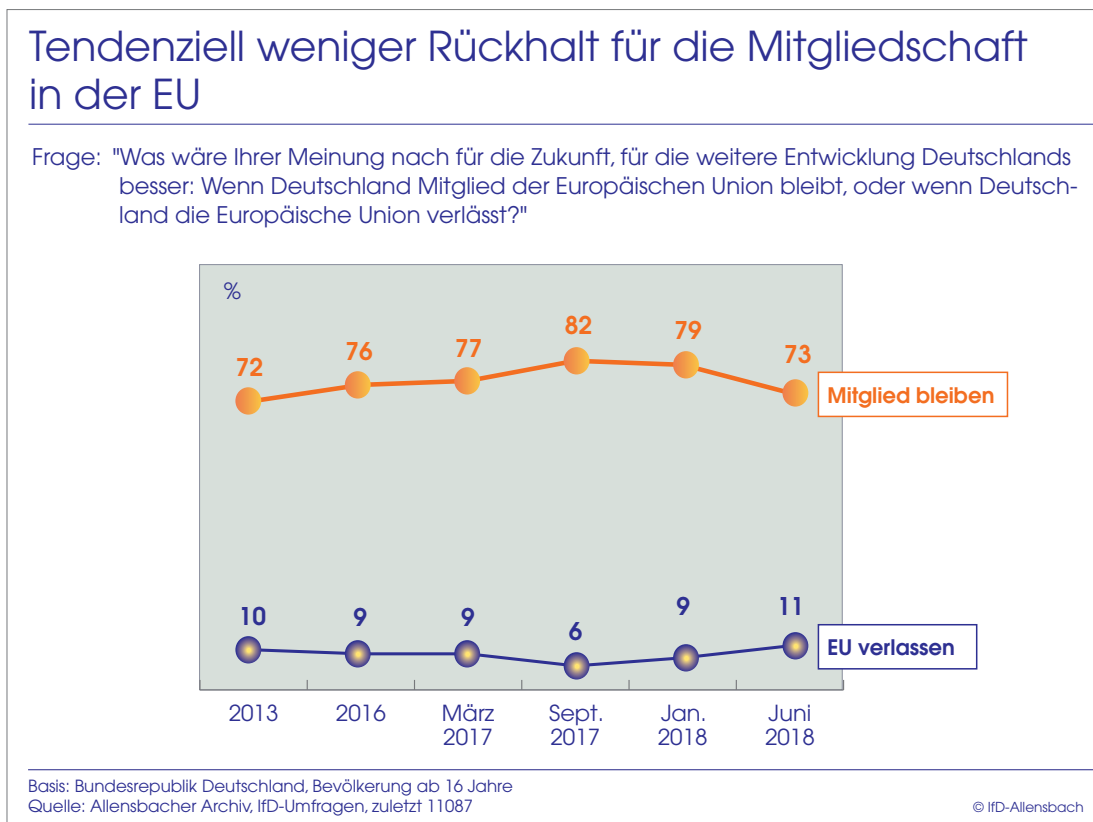
Schaubild 2



Im selben Zeitraum hat sich auch der Rückhalt für die Mitgliedschaft in der EU wieder zurückgebildet. Nach dem Votum der Briten, aus der EU auszusteiden, war dieser Rückhalt in Deutschland auf dem Höhepunkt: Im Spätsommer 2017 waren 82 Prozent der gesamten Bevölkerung überzeugt, dass es für die weitere Entwicklung Deutschlands gut ist, wenn Deutschland Mitglied der Europäischen Union bleibt. Lediglich 6 Prozent favorisierten zu diesem Zeitpunkt den Ausstieg aus der EU. Aktuell sind noch 73 Prozent überzeugt, dass die Mitgliedschaft in der EU für eine gute Zukunft des Landes eine wesentliche Voraussetzung ist – der niedrigste Wert seit

2013. 11 Prozent der Bevölkerung präferieren den Ausstieg Deutschlands; am größten ist der Rückhalt für die Mitgliedschaft unter den Anhängern der Regierungsparteien und von Bündnis 90/Die Grünen, unterdurchschnittlich dagegen bei den Anhängern der Linken, der FDP und vor allem der AfD, von denen eine relative Mehrheit für einen Austritt aus der EU votiert.¹

Schaubild 3



Auch der Kreis, der großes Vertrauen in die EU setzt, hat sich in den letzten Monaten von 40 auf 35 Prozent verringert. Diejenigen, die sich für Europapolitik interessieren, setzen weitaus mehr Vertrauen in die EU als die Desinteressierten. Vor allem hängt das Vertrauen in die Europäische Union jedoch davon ab, ob sie als Verbund von Staaten gesehen wird, in denen Gemeinsamkeiten überwiegen oder Gegensätze und unterschiedliche Interessen dominieren. Von denjenigen, die überwiegend von

¹ Vgl. dazu Tabellenanhang, Tabelle 24.

Gegensätzen und unterschiedlichen Interessen ausgehen, bekunden lediglich 21 Prozent Vertrauen in die EU, dagegen von denjenigen, die überzeugt sind, dass die Mitgliedsstaaten in hohem Maße durch gemeinsame Interessen verbunden sind, dagegen 66 Prozent.

Schaubild 4

Rückläufiges Vertrauen in die EU

Frage: "Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union? Würden Sie sagen ..."

	Januar	Juni	Personen, die überzeugt sind, dass in der EU –	
	2018	2018	Gemeinsamkeiten überwiegen	divergierende Interessen überwiegen
	%	%	%	%
"sehr großes Vertrauen"	3	5	12	1
"großes Vertrauen"	37	30	54	20
"nicht so großes Vertrauen"	41	45	25	53
"kaum, gar kein Vertrauen"	10	12	1	20
Unentschieden	9	8	8	6
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11081, 11087 © IfD-Allensbach

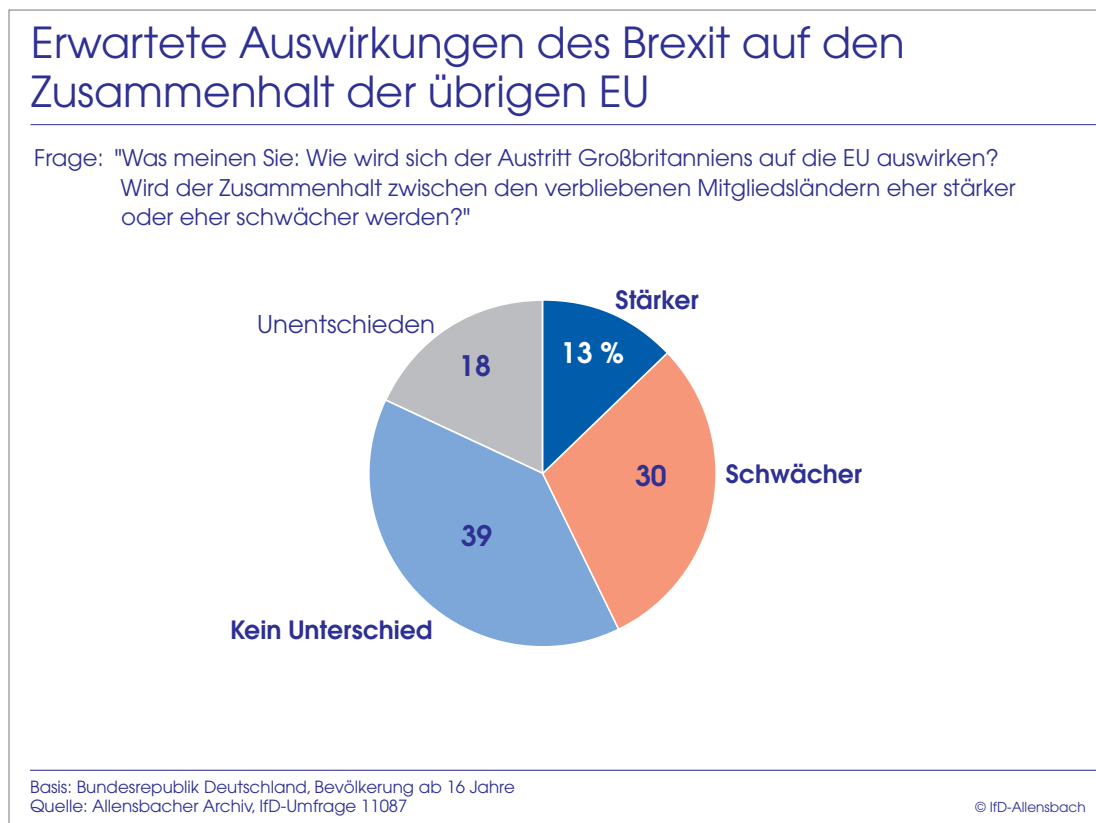
Die zunehmende Skepsis hat verschiedene Ursachen. Eine davon ist die wachsende Besorgnis über Italien. Die Mehrheit der Bevölkerung ist überzeugt, dass der Ausgang der italienischen Wahlen für die EU wachsende Risiken mit sich bringt. 55 Prozent der Bevölkerung sehen in diesem Zusammenhang große oder sogar sehr große Risiken für die EU, lediglich 5 Prozent keinerlei Risiken.¹ Mittlerweile ist Italien auch das größte Sorgenkind der Bürger, wenn sie an die Stabilität der Euro-Zone denken. Zwar haben sich gegenläufig die Sorgen über Griechenland vermindert; Italien beunruhigt

¹ IfD-Umfrage 11087, Juni 2018.

die Bevölkerung jedoch aufgrund seines Gewichtes in Europa und der Euro-Zone mehr als das relativ kleine Griechenland.¹

Der bevorstehende Austritt Großbritanniens aus der EU beunruhigt die Bevölkerung zwar weniger als die Entwicklungen in Italien. Immerhin 30 Prozent der Bevölkerung gehen jedoch mittlerweile davon aus, dass sich der Austritt Großbritanniens negativ auf die EU auswirken wird und den Zusammenhalt zwischen den verbleibenden Ländern eher schwächen wird. Lediglich 13 Prozent gehen von einem stärkeren Zusammenhalt aus, 39 Prozent von einem stabilen Verbund.

Schaubild 5

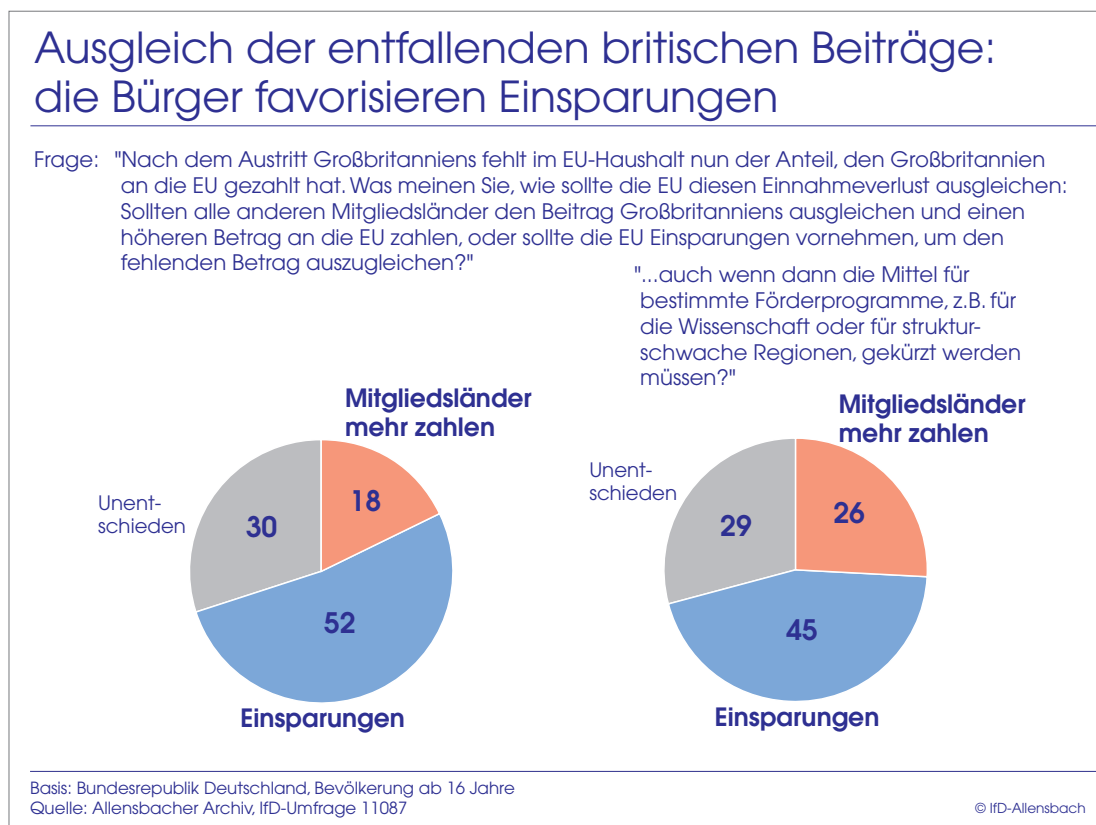


Die Frage, wie die EU den Einnahmeverlust nach dem Ausscheiden Großbritanniens ausgleichen sollte, wird von der Mehrheit der Bürger eindeutig beantwortet: 52

¹Vgl. dazu Kapitel „Verunsicherung durch Italien“, S. 8f.

Prozent fordern Einsparungen der EU, lediglich 18 Prozent votieren dafür, dass die verbliebenen Mitgliedsländer ihre Beiträge erhöhen sollten. Dieses Meinungsbild verschiebt sich nur begrenzt, wenn auf die Nachteile von Einsparprogrammen aufmerksam gemacht wird. So votieren 45 Prozent auch dann für Einsparungen, wenn dann Mittel für bestimmte Förderprogramme wie für die Wissenschaft oder für strukturschwache Regionen gekürzt werden müssen. 26 Prozent entschließen sich angesichts dieser Konsequenzen für die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge.

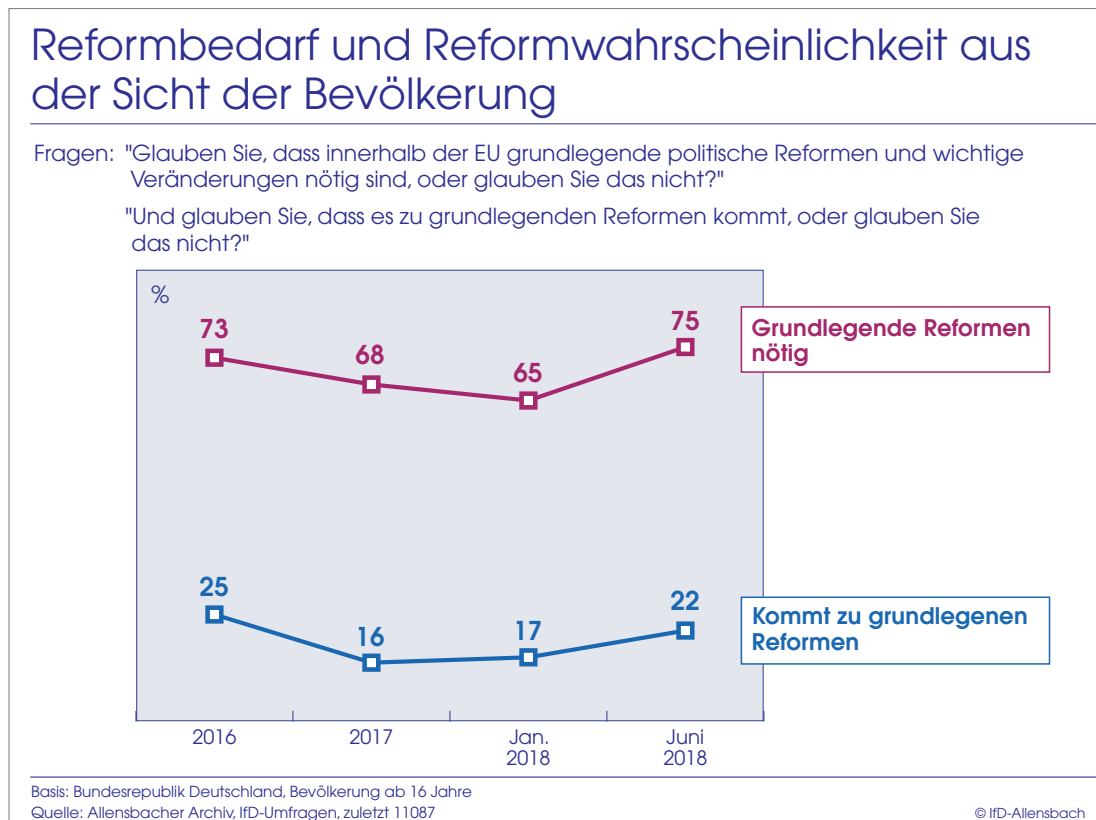
Schaubild 6



Mit dem Ausscheiden Großbritanniens verlässt ein Mitgliedsland die EU, das in den letzten Jahren immer vehement grundlegende Reformen angemahnt hatte. In Deutschland ist die überwältigende Mehrheit überzeugt, dass die EU grundlegende politische Reformen braucht. Diese Überzeugung ist in den letzten Monaten wieder signifikant angestiegen. Zwischen 2016 und Anfang 2018 war diese Überzeugung langsam von 73 auf 65 Prozent zurückgegangen, ist jedoch in den letzten Monaten

wieder auf 75 Prozent angestiegen. Auch die Erwartung, dass es tatsächlich zu grundlegenden Reformen kommen wird, ist wieder tendenziell angestiegen; dieser Optimismus ist jedoch nach wie vor die Haltung einer kleinen Minderheit: Lediglich 22 Prozent der Bevölkerung erwarten, dass sich die Mitgliedsländer auf grundlegende Reformen einigen können.

Schaubild 7



VERUNSICHERUNG DURCH ITALIEN

Die überwältigende Mehrheit der Bürger ist stabil überzeugt, dass die ökonomische Entwicklung Deutschlands in hohem Maße davon abhängt, ob die Währungsunion erhalten bleibt. 2013 waren davon 68 Prozent überzeugt, 2015 70 Prozent, aktuell 72 Prozent. Der Anteil der Bevölkerung, der davon ausgeht, dass die ökonomische Zukunft Deutschlands in keiner Weise mit der Zukunft der Euro-Zone verbunden ist, macht gerade einmal 4 Prozent aus.

Schaubild 8

Abhängig von der Nachhaltigkeit der Währungsunion			
Frage: "Wie wichtig es es Ihrer Meinung nach für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, dass der Euro und die Euro-Zone bestehen bleiben? Ist das für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Ihrer Meinung nach ..."			
	2013	2015	2018
	%	%	%
"sehr wichtig"	24	25	32
"wichtig"	44	45	40
"weniger wichtig"	16	14	13
"gar nicht wichtig"	5	5	4
Unentschieden	11	11	11
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11006, 11038, 11087

© IfD-Allensbach

Die Bürger sehen jedoch durchaus Risiken für die Euro-Zone, die in erster Linie mit den hoch verschuldeten Ländern zu tun haben. Noch vor drei Jahren richtete sich die Besorgnis der Bevölkerung fast ausschließlich auf Griechenland, das auch noch vor einem Jahr von der Hälfte der Bevölkerung als größtes Risiko für die Stabilität der Euro-Zone eingeschätzt wurde. Mittlerweile hat sich die Einschätzung grundlegend

verändert: als Hauptrisiko sehen viele Italien, mit einigem Abstand gefolgt von Griechenland. 45 Prozent der Bevölkerung sind mittlerweile überzeugt, dass von Italien das größte Risiko für die Euro-Zone ausgeht, während nur noch 29 Prozent die größten Risiken mit Griechenland verbinden.

Schaubild 9

Wachsende Besorgnis über Italien

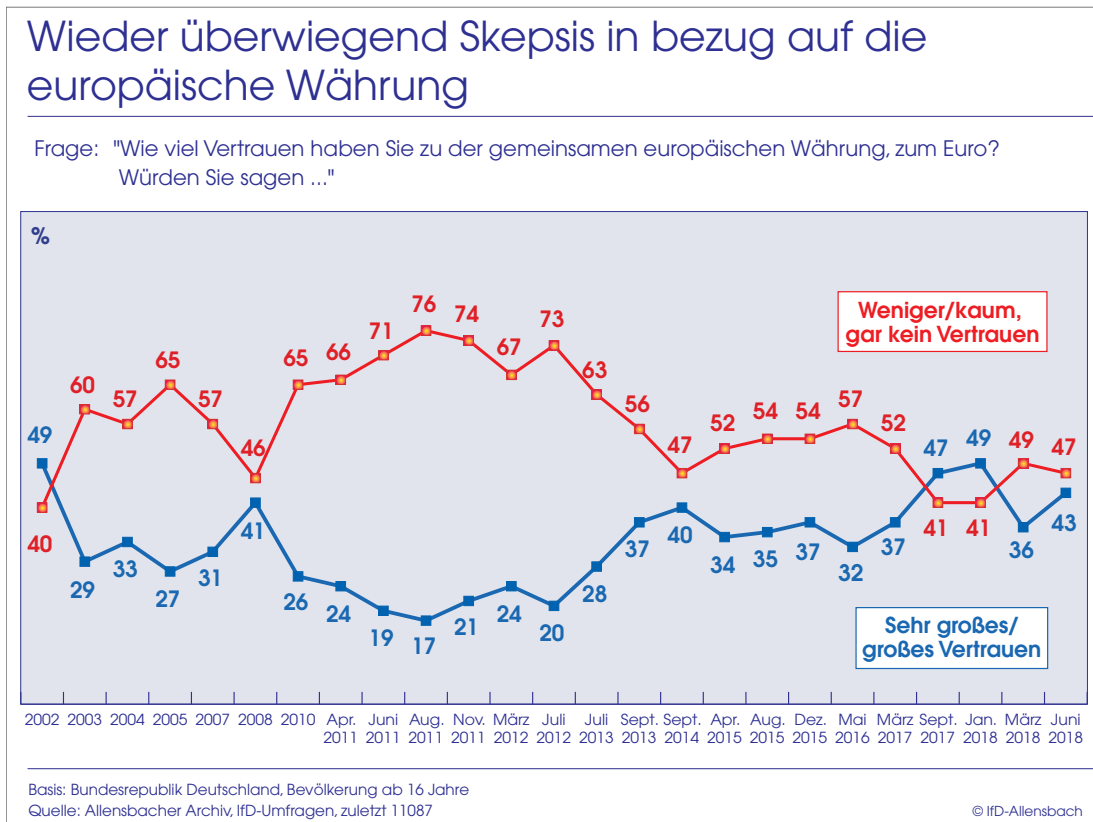
Frage: "Von welchem Land geht Ihrer Meinung nach derzeit das größte Risiko für die Euro-Zone aus: Von Griechenland, Spanien, Italien, Frankreich, oder von wem sonst?"

	2015	2017	2018
	%	%	%
Italien	7	12	45
Griechenland	81	48	29
Spanien	6	6	4
Frankreich	4	13	3
Anderes Land	4	10	9
Unentschieden	12	23	22

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11038, 11068, 11087

© IfD-Allensbach

Die Entwicklungen in Italien im Vorfeld und nach der Wahl haben auch den Anstieg des Vertrauens in die europäische Währung wieder ausgebremst. 2017 und auch noch zum Jahresbeginn 2018 überstieg das Vertrauen in die europäische Währung erstmals seit 2002 wieder die Skepsis. Diese Entwicklung endete bereits im März diesen Jahres: seither überwiegt wieder die Skepsis gegenüber der europäischen Währung. Aktuell bekunden 43 Prozent der Bevölkerung großes Vertrauen in den Euro, während sich 47 Prozent skeptisch äußern.



Die Verunsicherung zeigt sich auch in der Einschätzung, ob Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser oder schlechter dastehen würde. Seit Januar ist die Überzeugung, dass Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen würde, von 17 auf 25 Prozent angestiegen, während die Einschätzung, dass Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich schwächer wäre, von 33 auf 22 Prozent zurückgegangen ist. Insgesamt zeigt sich nach wie vor, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung zwar den Erhalt der Währungsunion für außerordentlich wichtig hält, gleichzeitig aber die Antriebskräfte durch den relativ schwachen Euro, von dem die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren immens profitiert hat, unterschätzt.

Schaubild 11

Größerer wirtschaftlicher Erfolg mit oder ohne Euro?

Frage: "Wie sehen Sie das, würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder in etwa genauso gut?"

	2011	2013	2014	2015	Januar 2018	Juni 2018
	%	%	%	%	%	%
Würde besser dastehen	40	31	22	26	17	25
Würde schlechter dastehen	15	25	24	28	33	22
Genauso gut	29	22	33	27	33	36
Unentschieden, weiß nicht	16	22	21	19	17	17
	100	100	100	100	100	100

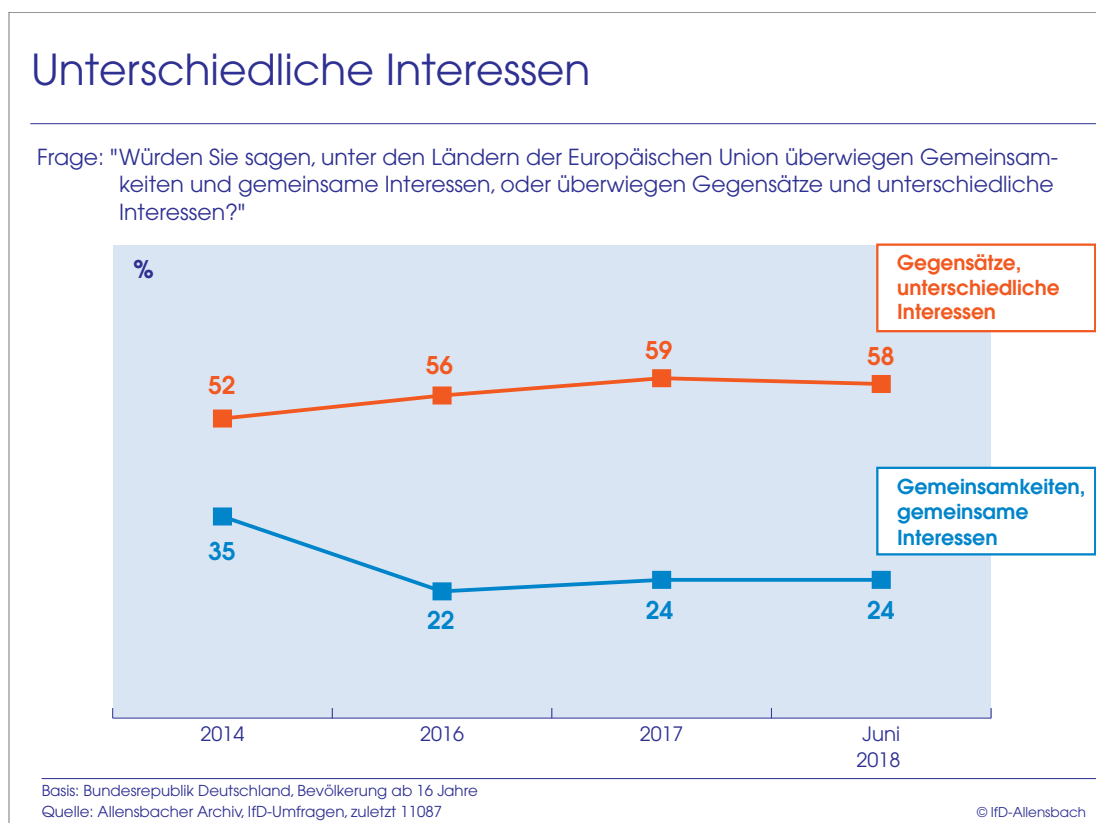
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11087

© IfD-Allensbach

DAS MIGRATIONSTHEMA – EINE ANDAUERENDE QUELLE VON DISSENS IN EUROPA

Die Mehrheit der Bevölkerung ist seit Langem überzeugt, dass in der EU unterschiedliche Interessen und gegensätzliche Positionen der Mitgliedsländer dominieren. Nach 2015 hat sich dieser Eindruck weiter verstärkt. Waren 2014 52 Prozent überzeugt, dass in der EU vor allem unterschiedliche Interessen und Positionen aufeinandertreffen, sind es aktuell 58 Prozent. Der Anteil der Bevölkerung, der überzeugt ist, dass Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen überwiegen, hat sich von 35 auf 24 Prozent verringert. Dieses Meinungsbild ist seit 2016 weitgehend stabil.

Schaubild 12



Dabei hält die Bevölkerung in vielen Bereichen eine engere Kooperation der Mitgliedsländer für notwendig. Das gilt vor allem für die Flüchtlingspolitik, aber auch

beim Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terror, im Umweltschutz, in der Außen- und Verteidigungspolitik, beim Umgang mit Korruption und beim Einsatz für Menschenrechte. Die Trendanalyse lässt allerdings erkennen, dass eine engere Zusammenarbeit in einigen Bereichen heute für weniger vordringlich gehalten wird als noch vor ein oder zwei Jahren. Das gilt insbesondere für den Einsatz für Menschenrechte, die Energiepolitik, den Datenschutz sowie die Wirtschafts- und Steuerpolitik, aber auch für den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit und die Gesundheitspolitik. 2016 hielten es noch 63 Prozent der Bürger für wünschenswert, dass die Mitgliedsländer beim Datenschutz enger kooperieren, aktuell noch 47 Prozent. Eine engere Kooperation in der Energiepolitik wünschten 2016 61 Prozent, aktuell noch 48 Prozent, ein besser abgestimmtes Vorgehen beim Einsatz für Menschenrechte 2016 65 Prozent, jetzt 53 Prozent.

Schaubild 13

Bereiche, in denen eine enge Kooperation heute für weniger vordringlich gehalten wird			
Frage: "Hier auf der Liste stehen verschiedene Bereiche. Was würden Sie sagen: In welchen dieser Bereiche sollten die Mitgliedsländer der EU stärker zusammenarbeiten?"			
	2016	2017	2018
	%	%	%
Beim Einsatz für Menschenrechte	65	56	53
In der Energiepolitik	61	55	48
Beim Datenschutz	63	55	47
Beim Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit	49	45	39
In der Wirtschaftspolitik	47	37	36
In der Gesundheitspolitik	39	34	32
In der Steuerpolitik	42	34	31

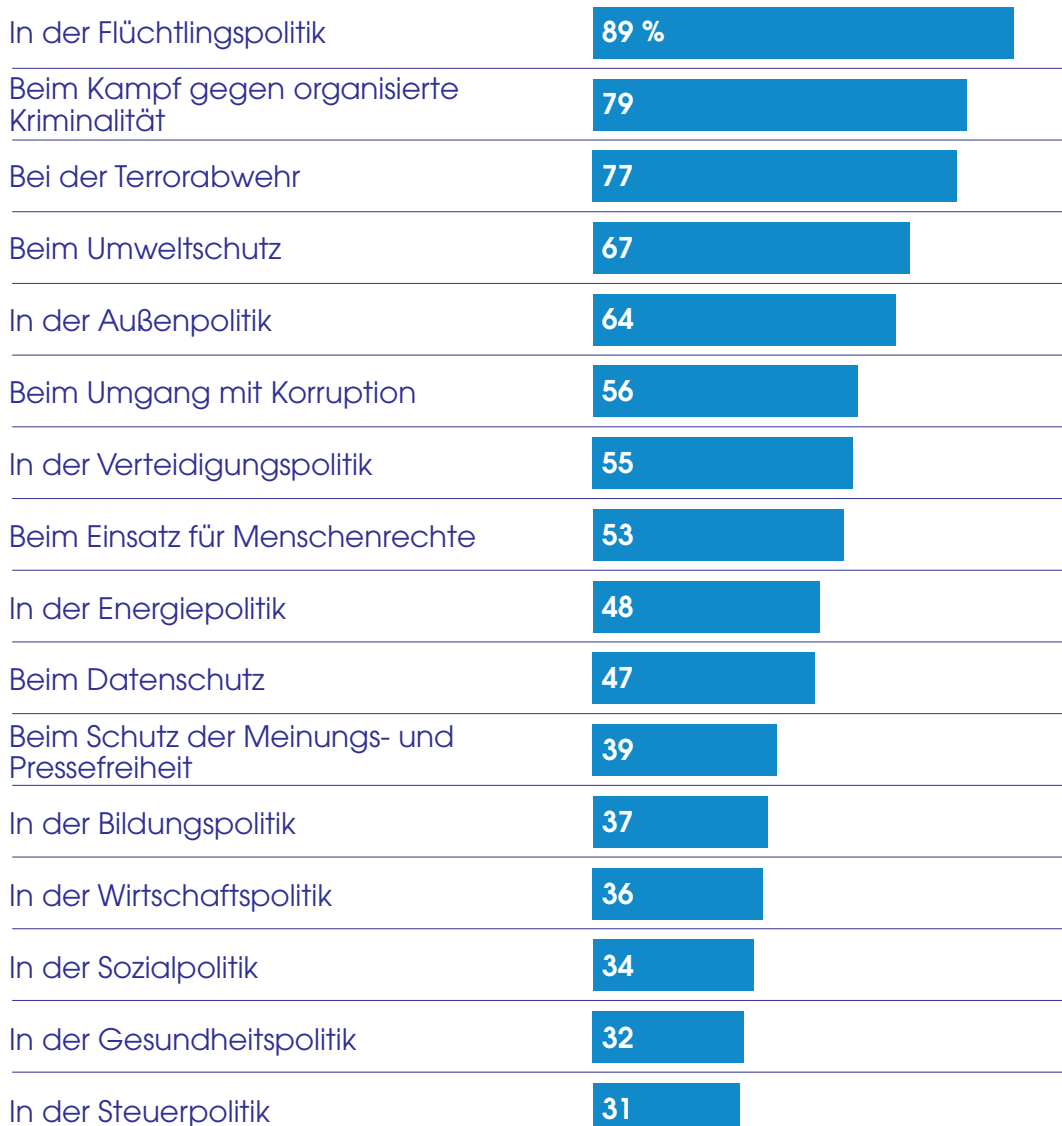
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11061, 11076, 11087

© IfD-Allensbach

Auf der anderen Seite gibt es jedoch Felder, bei denen die überwältigende Mehrheit stabil überzeugt ist, dass die Mitgliedsländer ihre Kooperation vertiefen müssten. Das gilt insbesondere für die Flüchtlingspolitik, bei der 89 Prozent der Bevölkerung eine engere Kooperation wünschen, sowie bei dem Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terror, die knapp 80 Prozent für notwendig halten. In der Außenpolitik wünschen knapp zwei Drittel eine engere Kooperation und Abstimmung, in der Verteidigungspolitik 55 Prozent.

Mehr Kooperation vor allem bei der Migrationspolitik und bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terror gewünscht

Frage: "In welchen dieser Bereiche sollten die Mitgliedsländer der EU stärker zusammenarbeiten?"

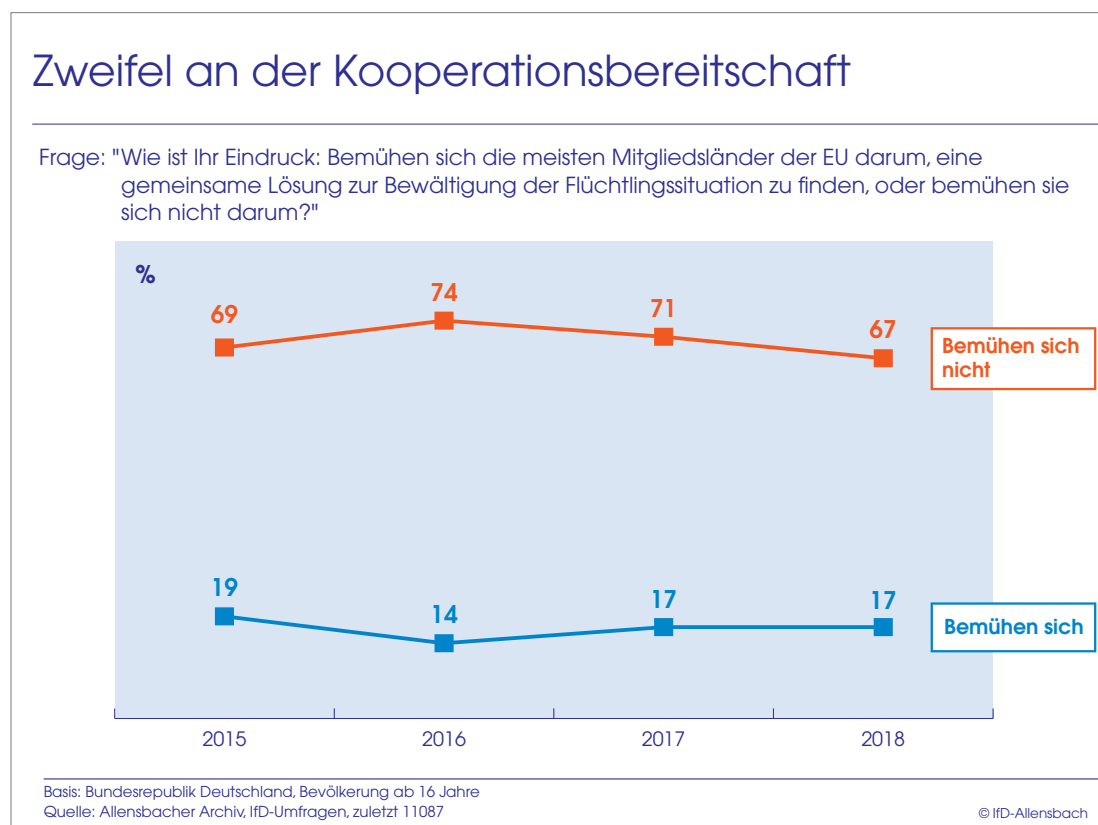


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11087

© IfD-Allensbach

Gerade auf dem Politikfeld, auf dem die Bürger zurzeit mehr als auf jedem anderen eine engere Kooperation für notwendig halten, ist die große Mehrheit jedoch skeptisch, ob ein engerer Schulterschluss gelingen kann. 89 Prozent halten es für notwendig, dass die Mitgliedsländer in der Flüchtlingspolitik enger kooperieren; lediglich 17 Prozent haben jedoch den Eindruck, dass sich die meisten Mitgliedsländer der EU darum bemühen, eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung dieser Herausforderung zu finden. 67 Prozent bezweifeln hier den guten Willen und die Motivation der Mehrheit der Mitgliedsstaaten; dies bedeutet zwar eine tendenzielle Verbesserung gegenüber 2016, aber eben nur eine tendenzielle: 2016 waren 74 Prozent skeptisch, ob sich die meisten Mitgliedsländer um eine gemeinsame Lösung bemühen, 2017 71 Prozent aktuell rund zwei Drittel.

Schaubild 15



Generell wird die Solidarität und der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union von der großen Mehrheit kritisch gesehen, lediglich jeder Vierte hält die Solidarität und den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern für groß, zwei Drittel dagegen für eng begrenzt. Auch hier ist eine Verbesserung der Bilanz festzustellen, aber keine grundlegend andere Bewertung des Zusammenhalts in der Europäischen Union.

Schaubild 16

Geringer Zusammenhalt			
Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Wie groß ist ganz allgemein die Solidarität, der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union? Würden Sie sagen, der Zusammenhalt ist..."			
	2015	2016	2018
	%	%	%
"sehr groß"	1	1	1
"groß"	21	12	24
"weniger groß"	57	62	58
"kaum bzw. gar nicht vorhanden"	11	17	9
Unentschieden, keine Angabe	10	8	8
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11044, 11056, 11087

© IfD-Allensbach

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist seit Längerem überzeugt, dass das Flüchtlingsthema wie das gesamte Thema Migration nur europäisch geregelt werden kann. Die Mehrheit plädiert auch nach wie vor für europäische Vereinbarungen über die Zahl der Flüchtlinge, die jedes EU-Land aufnimmt. Allerdings hat die Position, dass jedes Land dies für sich regeln sollte, in den letzten zwei Jahren wieder tendenziell an Unterstützung gewonnen. 2016 hielten es lediglich 16 Prozent der Bevölkerung für wünschenswert, dass einzelne Länder der EU diese Frage für sich

entscheiden, jetzt 23 Prozent. Gegenläufig hat sich die Unterstützung für gemeinsame europäische Vereinbarungen, wieviel Flüchtlinge jedes Land aufnehmen sollte, von 80 auf 70 Prozent verringert. Trotz dieser Veränderungen ist das Meinungsbild nach wie vor eindeutig: Die überwältigende Mehrheit ist überzeugt, dass es einen europäischen Verteilschlüssel geben müsste.

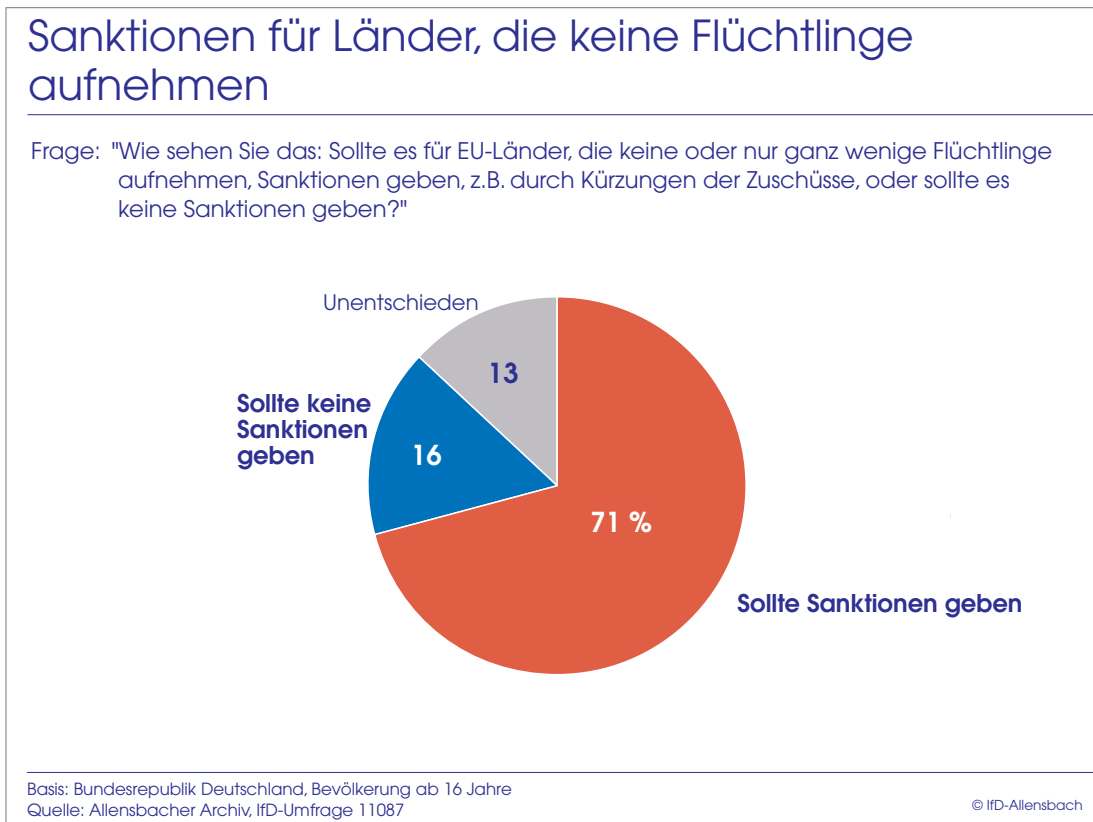
Schaubild 17

Pro europäische Regelung			
Frage: "Sollte Ihrer Meinung nach europäisch geregelt werden, wie viele Flüchtlinge jedes EU-Land aufnimmt, oder sollten das die einzelnen Mitgliedsländer der EU für sich selbst entscheiden?"			
	2015	2016	2018
	%	%	%
Europäisch regeln	75	80	70
Einzelne Länder für sich	16	16	23
Unentschieden, keine Angabe	9	4	7
	100	100	100

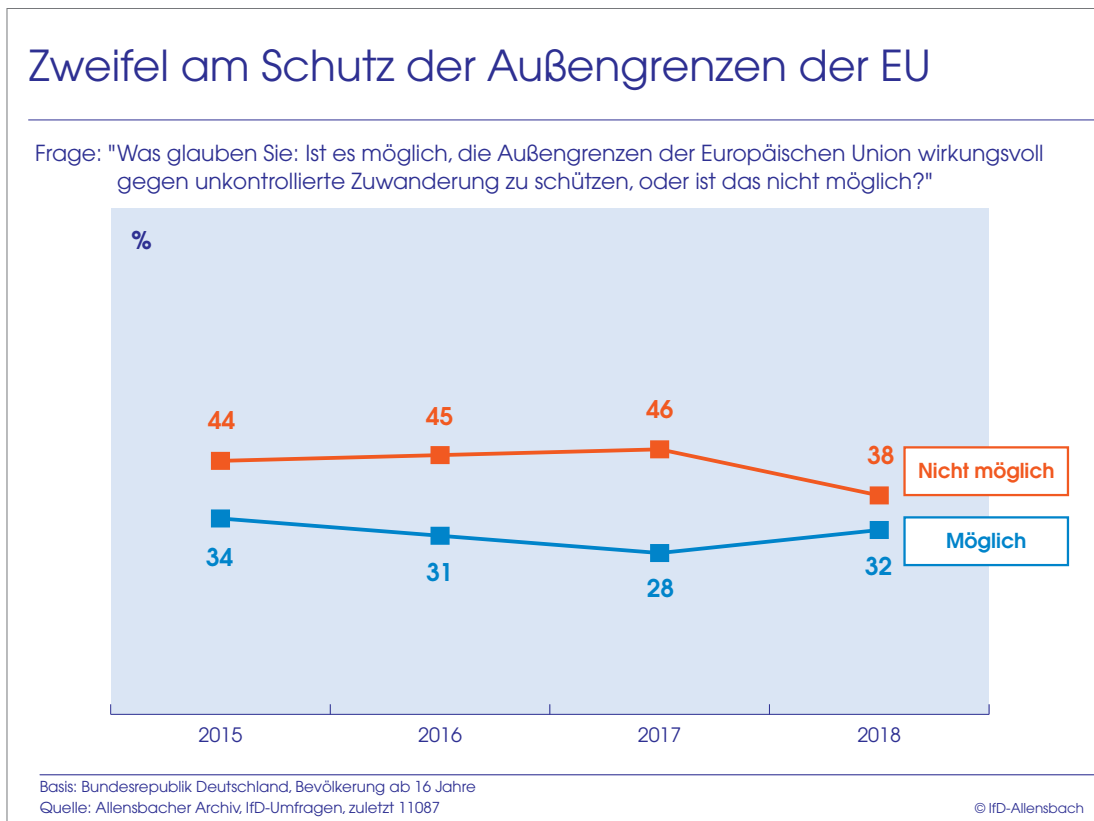
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11049, 11056, 11087

© IfD-Allensbach

Gleichzeitig plädieren auch gut 70 Prozent dafür, EU-Länder, die keine oder nur wenige Flüchtlinge aufnehmen, zu sanktionieren und ihnen beispielsweise Zuschüsse zu kürzen. Lediglich 16 Prozent der Bevölkerung votieren dagegen. Die Mehrheit der Bevölkerung nimmt den inhaltlichen Widerstand eines Teils der europäischen Mitgliedsländer sehr aufmerksam zur Kenntnis und hat in mehreren Befragungen auch ihr Unverständnis für diese Position zu Protokoll gegeben.



Die Themen Flucht und Migration werden die Europäische Union auf absehbare Zeit begleiten. Gerade die letzten Wochen haben gezeigt, dass selbst eine deutliche Reduzierung der Flüchtlingszahlen die Brisanz des Themas nicht entschärft. Die große Mehrheit der Bevölkerung zweifelt auch oder ist zumindest unsicher, ob es überhaupt gelingen kann, die Außengrenzen der EU wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung zu schützen. 38 Prozent sind überzeugt, dass dies nicht möglich ist, lediglich 32 Prozent halten einen wirksamen Schutz der Außengrenzen für möglich. Auch hier ist seit 2017 eine begrenzte Veränderung der Einschätzung der Bürger festzustellen: 2017 waren noch 46 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass ein Schutz der Außengrenzen außerhalb des Möglichen liegt, jetzt 8 Prozentpunkte weniger. Das Zutrauen, dass ein wirksamer Schutz gelingen kann, ist jedoch schwächer, nämlich lediglich um 4 Prozentpunkte angestiegen.

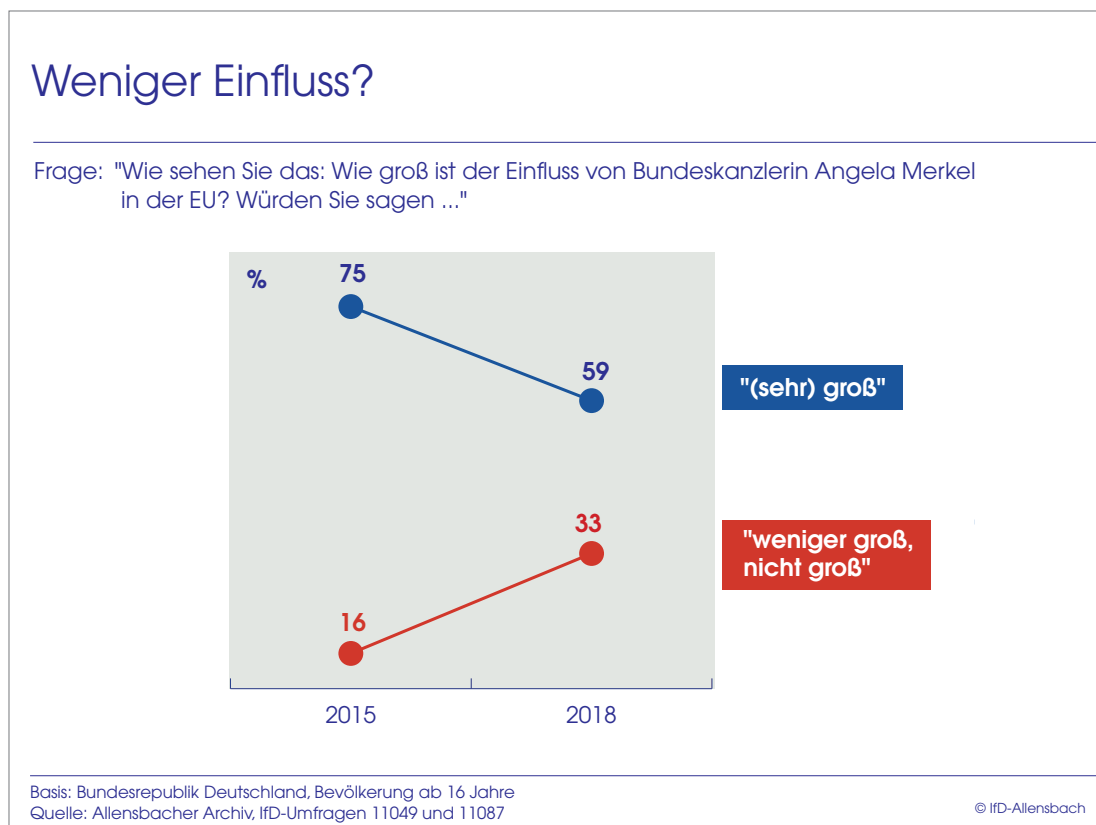


Der Kurs der neuen italienischen Regierung, aber auch der anderer Mitgliedsländer der EU, wird dazu beitragen, dass sowohl der Schutz der Außengrenzen wie generell die Regelung von Migration und die Herausforderungen der Integration die Debatten auf absehbare Zeit wesentlich bestimmen werden.

SCHWÄCHERE DEUTSCHE POSITION IN DER EU?

Die Schwierigkeiten, sich mit anderen Mitgliedsländern auf eine gemeinsame Linie in der Migrationspolitik zu verständigen wie auch die Initiativen des französischen Präsidenten Macron zugunsten von Reformen in der EU haben dazu beigetragen, dass der Einfluss der Kanzlerin in Europa heute von der Bevölkerung geringer eingeschätzt wird als noch vor wenigen Jahren. 2015, vor der Eskalation der Flüchtlingskrise, stuften 75 Prozent den Einfluss der Bundeskanzlerin in der EU als groß oder sehr groß ein, aktuell noch 59 Prozent. Gegenläufig ist die Einschätzung, dass ihr Einfluss begrenzt ist, von 16 auf 33 Prozent angestiegen.

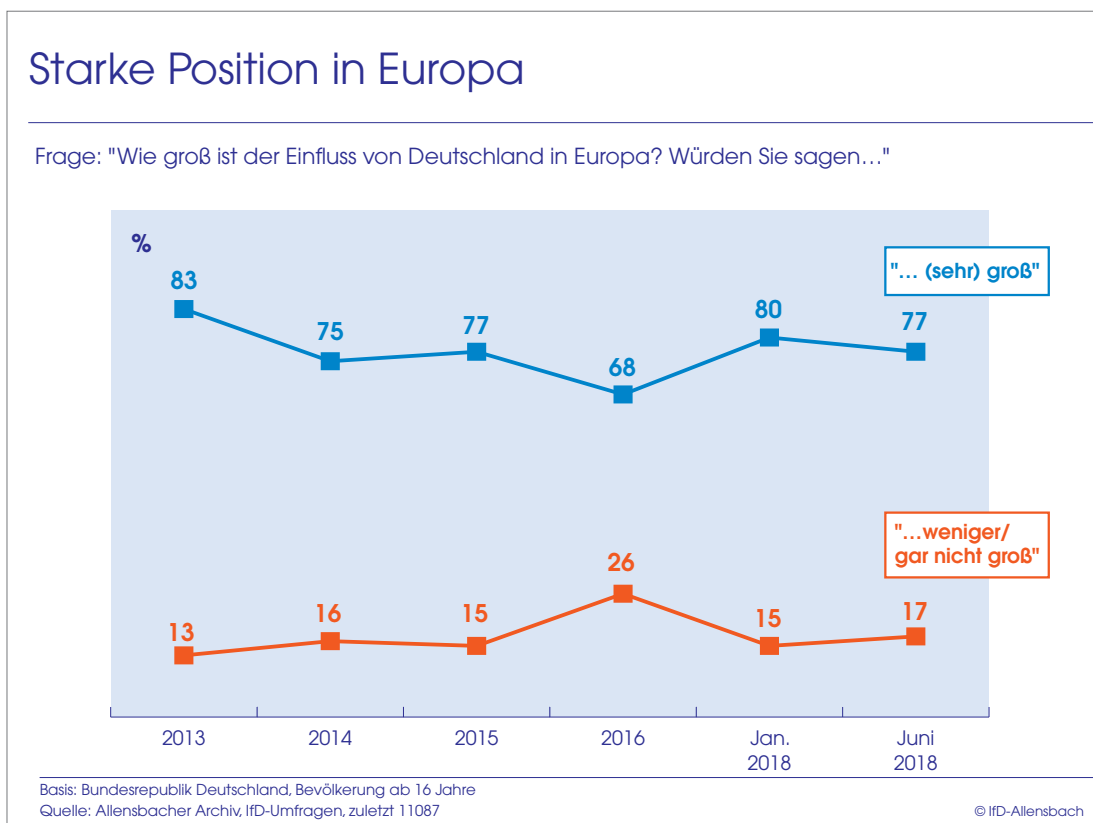
Schaubild 20



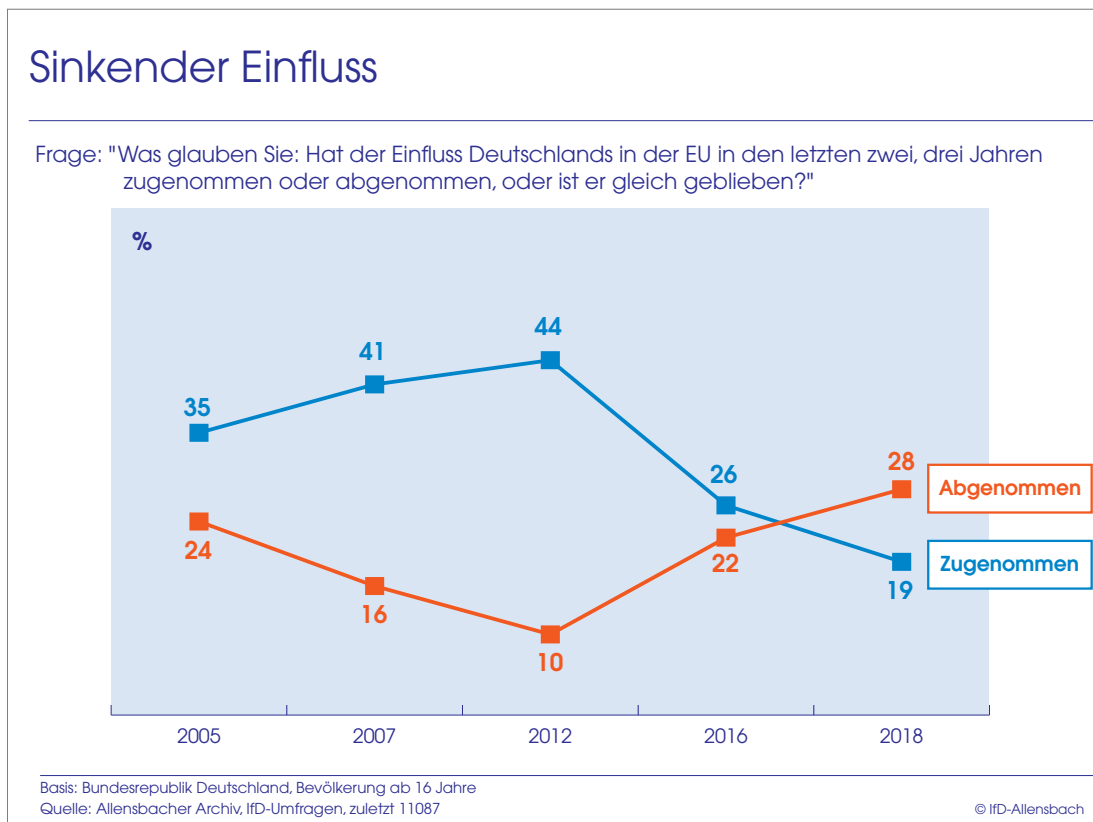
Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Einfluss Deutschlands von der Bevölkerung zunehmend gering veranschlagt wird. Der überwältigenden Mehrheit ist bewusst, dass das größte Land und die größte Volkswirtschaft der Europäischen Union zwangsläufig

in Europa großen Einfluss hat. An dieser Einschätzung hat sich auch in den letzten Jahren nur wenig geändert. 77 Prozent der Bevölkerung halten den Einfluss Deutschlands in Europa auch heute für groß oder sehr groß, lediglich 17 Prozent für begrenzt. Lediglich 2016, nach der Eskalation der Flüchtlingskrise, wurde der Einfluss Deutschlands in Europa vorübergehend tendenziell geringer eingeschätzt; auch damals waren jedoch 68 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass Deutschland in Europa eine außerordentlich starke Position hat.

Schaubild 21



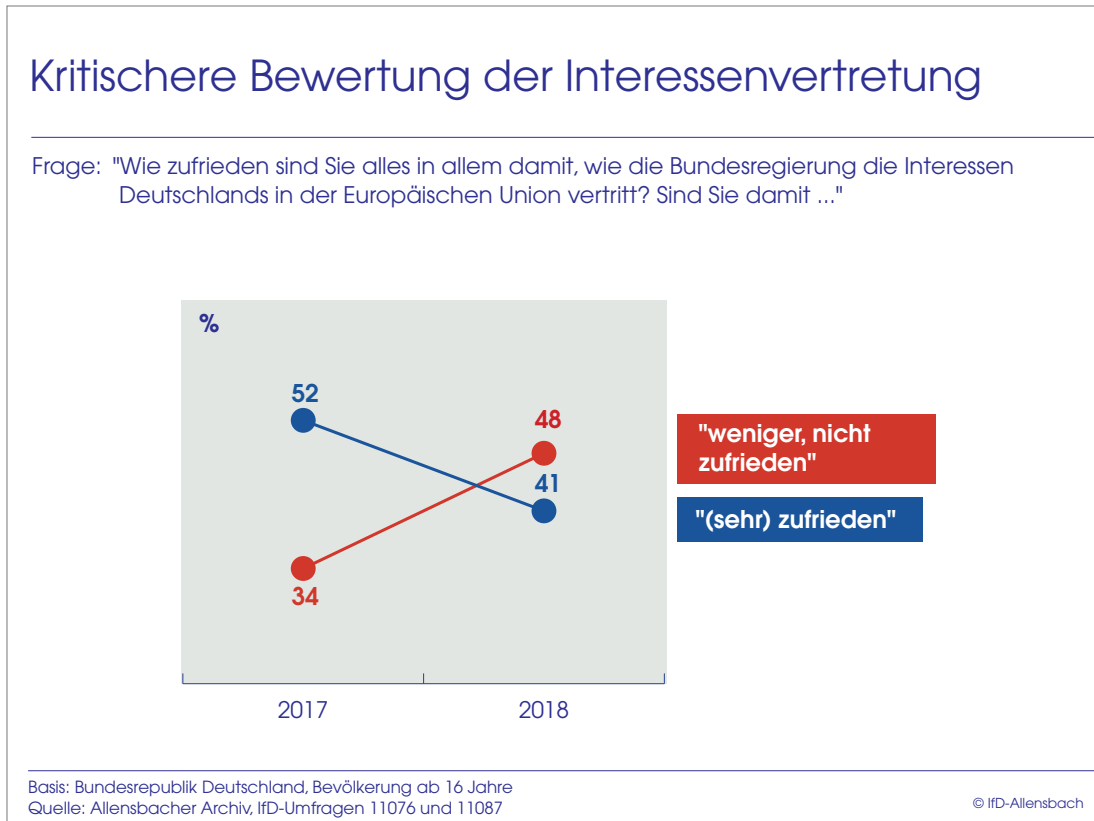
Allerdings wächst der Anteil der Bevölkerung, der davon ausgeht, dass der deutsche Einfluss eher schwächer wird. 2012 hatten lediglich 10 Prozent der Bevölkerung den Eindruck, dass der Einfluss Deutschlands in der EU in den vorherigen zwei, drei Jahren abgenommen hat, 2016 22 Prozent, aktuell 28 Prozent. Gegenläufig ist die Überzeugung, dass der deutsche Einfluss in Europa immer stärker wird, von 44 auf 19 Prozent zurückgegangen.



Parallel ist die Zufriedenheit mit der Vertretung deutscher Interessen in der Europäischen Union in den letzten 12 Monaten signifikant zurückgegangen. 2017 waren noch 52 Prozent der Bevölkerung mit der Vertretung der nationalen Interessen in der Europäischen Union zufrieden, aktuell nur noch 41 Prozent. Der Kreis der Unzufriedenen ist im Gegenzug von 34 auf 48 Prozent angewachsen. Dabei fällt ein enger Zusammenhang mit dem politischen Interesse auf: Von den an Europapolitik Interessierten sind 53 Prozent mit der Vertretung der Interessen zufrieden, von den Desinteressierten lediglich jeder Dritte. Das normale Muster, dass Desinteressierte signifikant weniger überhaupt ein Urteil fällen, trifft bei dieser Frage nicht zu. Vielmehr äußern sich die Desinteressierten ausgesprochen kritisch über die Interessenvertretung in Europa: 37 Prozent der Interessierten, aber 55 Prozent der Desinteressierten, sind mit der Art und Weise, wie die Bundesregierung die Interessen

Deutschlands in der Europäischen Union vertritt, weniger oder überhaupt nicht zufrieden.¹

Schaubild 23



¹ Vgl. Tabellenanhang, Tabelle 23.

WEITGEHEND STABILE VORSTELLUNGEN VON DEM EUROPÄISCHEN WERTEKANON

Die Bevölkerung hat klare Vorstellungen von dem europäischen Wertekanon. Dieser Kanon wird vor dem Hintergrund der Entwicklungen in vielen außereuropäischen Ländern zunehmend eindrucksvoller. Europäische Werte, das sind für die Bevölkerung vor allem Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit, Achtung der Menschenwürde, individuelle Freiheit, Religionsfreiheit, Weltoffenheit, Toleranz und die Gleichberechtigung von Frauen. Bemerkenswert ist allerdings auch, welche Werte nur von einer Minderheit dem europäischen Wertekanon zugeschrieben werden. Das sind der christliche Glaube und christliche Werte, Leistungsbereitschaft, soziale Gerechtigkeit, große Bedeutung der Familie und der Verzicht auf staatliche Lenkung in der Wirtschaft.

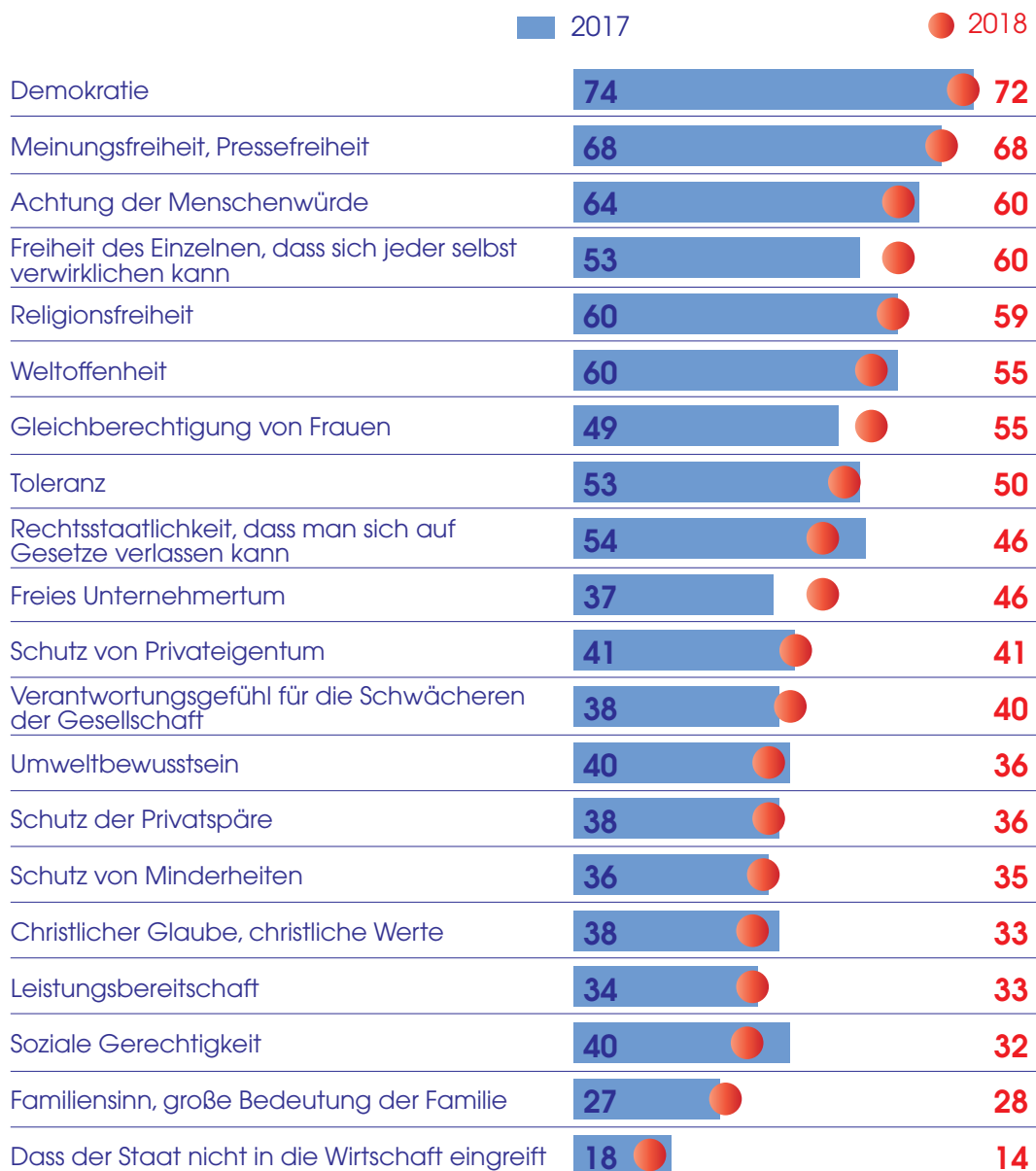
Seit 2017 haben sich die Vorstellungen von dem europäischen Wertekanon nur in einzelnen Dimensionen signifikant verändert. Das gilt für individuelle Freiheit und Gleichberechtigung von Frauen, die heute stärker dem europäischen Wertekanon zugerechnet werden als noch 2017. Im letzten Jahr rechneten 53 Prozent der Bevölkerung individuelle Freiheit, die Chance, sich selbst zu verwirklichen, zu den zentralen europäischen Werten, aktuell 60 Prozent. Die Gleichberechtigung von Frauen wurde 2017 von 49 Prozent zu den zentralen europäischen Werten gerechnet, jetzt von 55 Prozent. Noch stärker ist das freie Unternehmertum als Merkmal europäischer Werte nach vorne gerückt: 2017 zählten lediglich 37 Prozent der Bevölkerung freies Unternehmertum zu den zentralen europäischen Werten, jetzt 46 Prozent.

Dem stehen jedoch einige Werte gegenüber, die heute von einem geringeren Anteil der Bevölkerung dem europäischen Wertekanon zugerechnet werden. Dazu zählen Weltoffenheit und Achtung der Menschenwürde, vor allem aber soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit. Gerade der letzte Aspekt ist bemerkenswert: 2017 zählte noch die Mehrheit der Bevölkerung Rechtsstaatlichkeit, Verlässlichkeit der Gesetze zu den zentralen europäischen Werten, aktuell noch 46 Prozent. Dieser Rückgang ist bemerkenswert, allerdings nicht erstaunlich, führt man sich die Diskussionen über die

Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten vor Augen.

Vorstellungen von dem europäischen Wertekanon

Frage: "Was würden Sie sagen, was von dieser Liste sind europäische Werte, also Werte, die Sie mit Europa verbinden?"

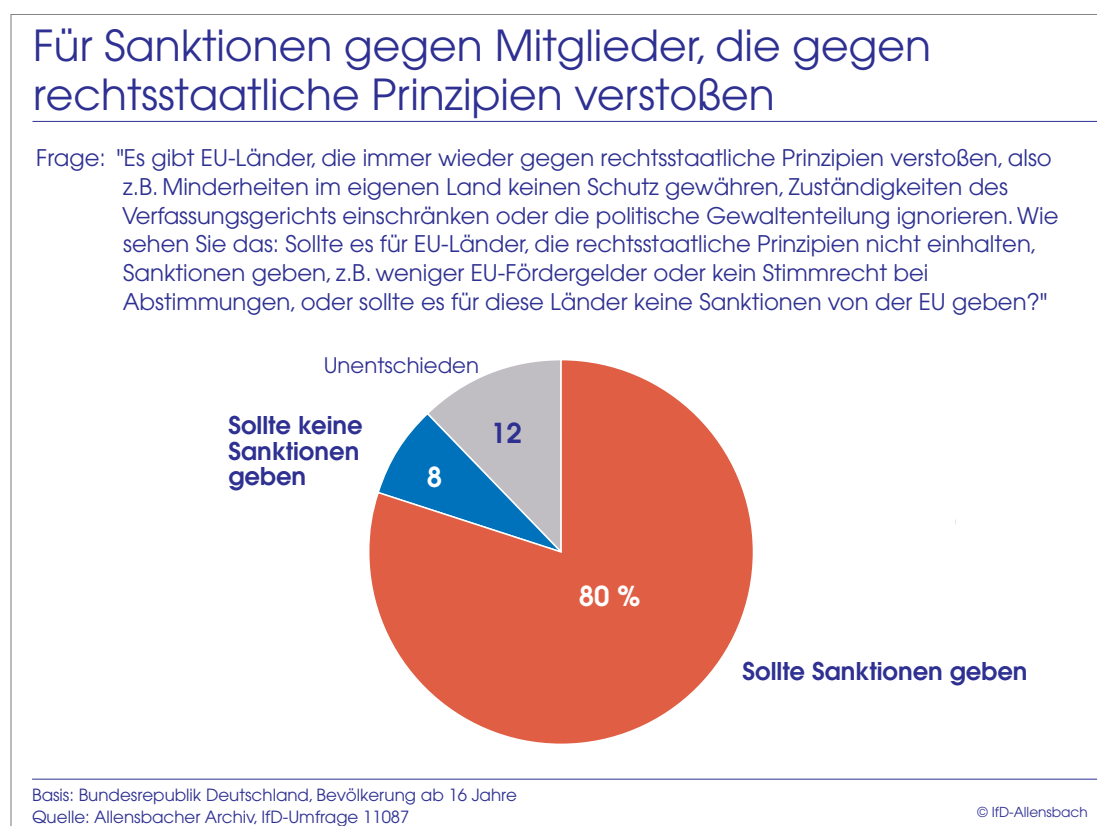


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11071, 11087

© IfD-Allensbach

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung plädiert dafür, gegenüber Mitgliedsstaaten der EU, die gegen wesentliche rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen – beispielsweise die politische Gewaltenteilung ignorieren oder aufheben, Zuständigkeiten des Verfassungsgerichts einschränken oder Minderheiten im eigenen Land keinen Schutz gewähren – Sanktionen zu verhängen. 80 Prozent finden, dass es in diesen Fällen Sanktionen geben sollte, lediglich 8 Prozent sprechen sich dagegen aus.

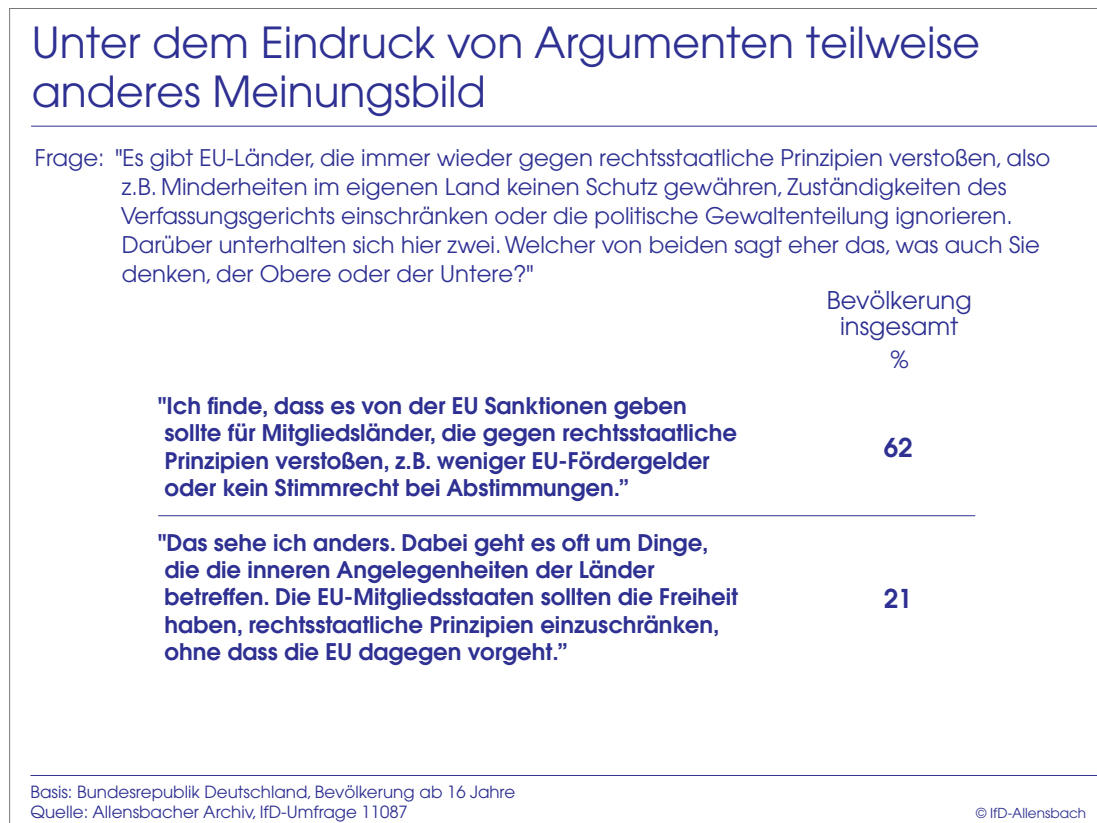
Schaubild 25



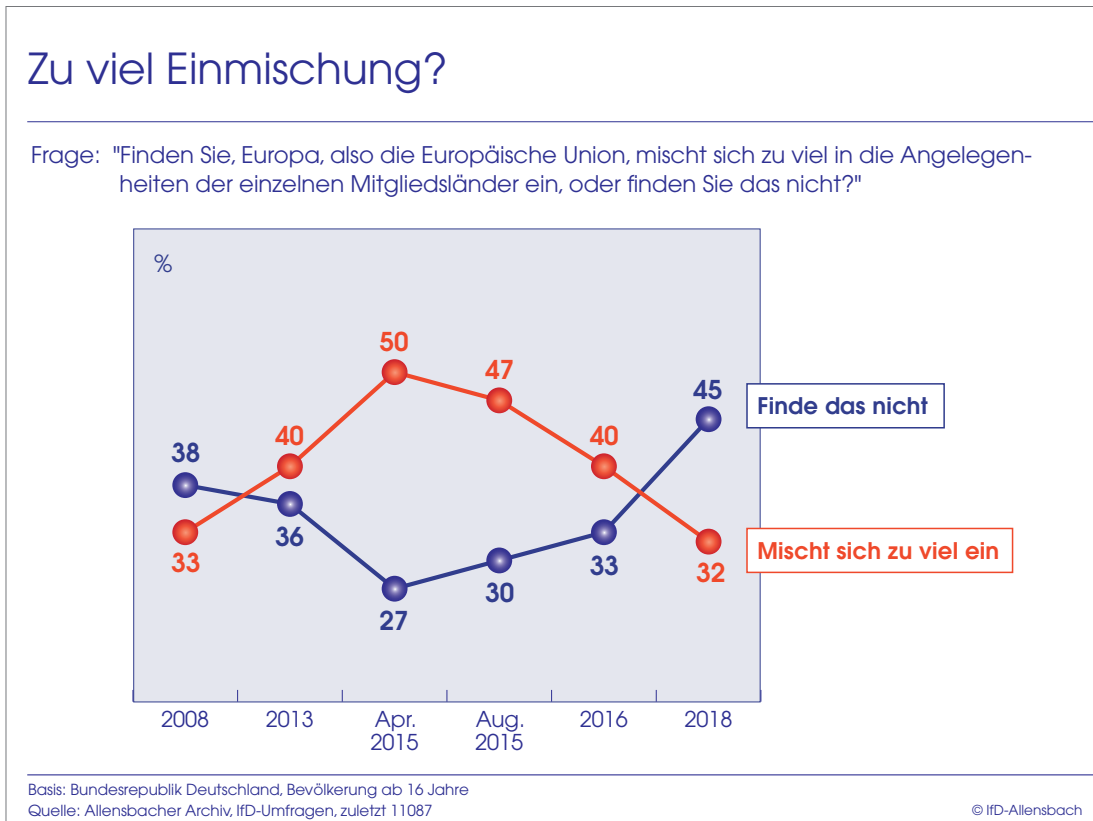
Bei der großen Mehrheit ist diese Position auch fest gefügt, aber keineswegs bei allen, die sich zunächst für Sanktionen aussprechen. Wenn diese Frage streitig gestellt wird und argumentiert wird, dass es doch letztlich auch um innere Angelegenheiten der Länder gehe, sprechen sich immerhin 21 Prozent der Bevölkerung für die Freiheit der Mitgliedsländer aus, auch rechtsstaatliche Prinzipien einzuschränken. Die

Unterstützung für Sanktionen geht unter dem Eindruck dieses Arguments auf 62 Prozent zurück.

Schaubild 26



Die Bevölkerung nimmt auch durchaus wahr, dass die Möglichkeiten der EU begrenzt sind, Mitgliedsländer in solchen Fällen zu beeinflussen. Dies mag dazu beitragen, dass die Überzeugung, dass sich die Europäische Union zu viel in die Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedsländer einmischt, weiter auf dem Rückzug ist. 2015 war noch die Hälfte der Bevölkerung davon überzeugt, 2016 40 Prozent, aktuell 32 Prozent. Die Position, dass von einer überbordenden Einmischung der Europäischen Union in die Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedsländer nicht die Rede sein kann, hat seit 2016 von 33 auf 45 Prozent zugenommen.



Es wäre jedoch ein Menetekel für die Europäische Union, wenn Rechtsstaatlichkeit künftig immer weniger als ein Wert angesehen würde, auf den sich die verschiedenen europäischen Staaten verständigen können. Insgesamt ist der europäische Wertekanon, so wie ihn die deutsche Bevölkerung wahrnimmt, außerordentlich eindrucksvoll und geeignet, stärker einen Stolz auf die europäische Identität zu entwickeln. Allerdings fehlen dazu in der öffentlichen Diskussion weitgehend die Bemühungen und Ansätze.

Allensbach am Bodensee,
 am 25. Juli 2018

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewiesen wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten.

TABELLEN

Europäische Union

Unterschiede und Gemeinsamkeiten der EU-Mitgliedsländer

HALBGRUPPE A 582

WAS WÜRDEN SIE SAGEN, WAS VON DIESER LISTE SIND EUROPÄISCHE WERTE, ALSO WERTE, DIE SIE MIT EUROPA VERBINDEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 9/A)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		AN EUROPAPOLITIK -		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 U. ÄLTER	JAHRE	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	582	435	147	282	300	86	118	183	195		316	266	257	323
DEMOKRATIE	72.2	73.0	68.9	71.0	73.3	64.3	72.6	77.9	71.3		77.0	66.9	76.6	68.7
MEINUNGSFREIHEIT, PRESSEFREIHEIT	67.9	68.3	66.2	66.7	69.1	70.8	72.5	67.3	64.1		69.6	66.1	71.7	65.0
FREIHEIT DES EINZEL- NEN, DASS SICH JEDER SELBST VERWIRKLICHEN KANN	60.4	62.7	50.5	57.0	63.7	57.9	64.2	64.4	56.2		64.1	56.4	68.1	54.7
ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE	59.7	60.6	55.9	54.2	65.0	61.1	59.8	55.7	62.3		60.2	59.2	64.6	56.1
RELIGIONSFREIHEIT ..	58.8	60.8	50.1	56.6	60.9	52.9	55.7	62.7	60.5		60.5	57.0	64.1	54.6
WELTOFFENHEIT	54.6	53.3	60.4	51.7	57.4	58.6	51.4	54.9	54.3		59.8	49.0	63.6	47.9
GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN	54.5	55.6	49.9	51.6	57.3	50.7	54.4	56.5	55.1		59.1	49.5	63.8	47.8
TOLERANZ	49.8	50.4	47.1	47.3	52.2	45.7	49.1	48.5	53.6		53.9	45.3	59.0	42.9
RECHTSSTAATLICHKEIT, DASS MAN SICH AUF GESETZE VERLASSEN KANN	46.0	46.3	45.1	47.4	44.8	41.8	44.3	49.7	46.3		54.8	36.4	56.4	38.4
FREIES UNTERNEHMERTUM	45.6	46.5	41.9	46.3	45.0	48.2	42.1	47.0	45.3		49.5	41.4	50.9	41.5
SCHUTZ VON PRIVATEIGENTUM	41.3	40.9	42.8	40.3	42.2	30.8	38.7	41.5	48.2		46.2	35.8	45.9	37.9
VERANTWORTUNGSGEFÜHL FÜR DIE SCHWÄCHEREN DER GESELLSCHAFT ...	39.9	41.5	32.7	36.7	42.9	35.5	38.9	41.4	41.6		43.0	36.5	44.4	36.6
SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE	35.7	36.8	30.8	33.2	38.1	26.1	35.7	35.3	41.2		37.8	33.4	42.0	31.1
UMWELTBEWUSSTSEIN ..	35.7	35.2	37.9	33.9	37.5	23.9	41.4	36.6	37.9		37.2	34.1	39.4	32.9
SCHUTZ VON MINDERHEITEN	34.6	35.8	29.3	32.2	36.9	27.1	35.6	34.4	38.1		37.9	31.0	42.5	28.5

HALBGRUPPE A 582

WAS WÜRDEN SIE SAGEN, WAS VON DIESER LISTE SIND EUROPÄISCHE WERTE, ALSO WERTE, DIE SIE MIT EUROPA VERBINDEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 9/A)

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU		GRUNDLEGENDE REFORMEN KOMMEN		IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	JA	GLAUBE NICHT	GEMEINSAM- KEITEN	GEGEN SÄTZE
Basis	212	118	39	74	56	58	314	125	445	63	115	306	143	317
DEMOKRATIE	78.0	73.4	56.2	85.4	61.2	58.1	81.0	52.3	72.0	77.0	77.3	67.8	82.2	65.8
MEINUNGSFREIHEIT, PRESSEFREIHEIT	71.1	68.9	72.9	81.0	58.7	51.6	79.0	43.1	67.8	74.3	75.9	60.9	74.8	61.7
FREIHEIT DES EINZEL- NEN, DASS SICH JEDER SELBST VERWIRKLICHEN KANN	64.9	65.5	57.3	71.7	59.0	35.1	75.3	36.6	60.0	80.7	64.7	57.2	71.8	52.7
ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE	61.0	67.3	65.9	68.1	55.1	43.6	69.5	35.7	57.8	72.1	61.1	56.8	72.0	51.3
RELIGIONSFREIHEIT ..	60.5	69.8	52.2	58.1	48.4	51.2	68.4	39.6	60.4	55.5	63.6	55.2	63.4	57.3
WELTOFFENHEIT	59.7	65.4	50.7	54.8	42.2	40.3	68.0	33.3	53.3	66.9	56.4	52.4	69.6	48.5
GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN	58.1	65.4	56.5	40.8	57.1	47.7	61.2	35.9	55.1	48.2	65.0	52.1	62.0	48.7
TOLERANZ	57.7	56.7	33.8	53.6	43.0	30.0	60.8	29.5	49.1	61.5	53.4	46.8	58.9	42.5
RECHTSSTAATLICHKEIT, DASS MAN SICH AUF GESETZE VERLASSEN KANN	46.8	63.4	40.8	45.4	32.9	41.7	59.3	27.7	44.9	50.1	52.4	41.2	55.5	41.1
FREIES UNTERNEHMERTUM	50.4	44.1	46.0	45.4	45.8	34.2	53.9	36.1	46.3	49.2	51.0	46.0	54.8	45.4
SCHUTZ VON PRIVATEIGENTUM	49.6	51.4	32.3	32.9	31.4	28.2	47.6	27.8	40.7	47.3	49.2	36.6	48.9	40.6
VERANTWORTUNGSGEFÜHL FÜR DIE SCHWÄCHEREN DER GESELLSCHAFT ...	44.1	40.6	39.3	30.5	36.8	37.9	44.1	35.7	40.8	36.3	47.2	36.5	47.3	35.4
SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE	37.6	46.9	32.6	31.7	26.3	28.5	40.5	25.4	34.0	45.2	38.0	33.3	44.7	30.2
UMWELTBEWUSSTSEIN ..	34.4	47.1	29.6	34.9	30.4	30.0	42.1	26.5	34.7	47.2	43.3	31.1	42.8	29.2
SCHUTZ VON MINDERHEITEN	35.9	45.7	31.8	26.9	31.4	29.1	43.9	19.8	34.2	40.6	39.2	32.1	39.8	29.8

HALBGRUPPE B 610

HIER AUF DER LISTE SIND VERSCHIEDENE WERTE AUFGESCHRIEBEN. WAS WÜRDEN SIE SAGEN: WELCHE WERTE VERBINDEN DIE MITGLIEDS-
 LÄNDER DER EU, WELCHE WERTE WERDEN VON DEN EU-MITGLIEDSLÄNDERN IM GROSSEN UND GANZEN GETEILT? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 9/B)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		AN EUROPAPOLITIK -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT- INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT- (BESONDERS)
Basis	610	465	145	297	313	99	129	170	212	311	299	252	356
DEMOKRATIE	59.9	63.1	45.4	59.3	60.4	63.3	65.2	63.9	51.3	58.0	61.7	59.9	59.5
MEINUNGSFREIHEIT, PRESSEFREIHEIT	53.4	55.6	43.3	53.4	53.3	50.7	58.0	54.5	51.1	56.0	50.9	60.1	49.2
RELIGIONSFREIHEIT ..	51.6	53.9	41.6	50.6	52.6	49.9	58.6	46.9	52.4	52.7	50.6	57.1	48.5
FREIES UNTERNEHMERTUM	47.0	49.1	37.4	49.5	44.6	44.5	52.5	49.6	42.8	45.1	48.8	48.5	45.5
ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE	46.8	48.4	39.6	46.1	47.4	47.9	46.7	46.3	46.5	48.9	44.7	51.9	43.7
GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN	45.4	46.8	39.1	43.6	47.1	46.8	48.9	42.6	45.0	48.2	42.7	51.1	41.9
FREIHEIT DES EINZEL- NEN, DASS SICH JEDER SELBST VERWIRKLICHEN KANN	45.4	46.5	40.8	42.5	48.2	54.0	48.3	45.9	38.8	44.5	46.4	49.3	43.2
RECHTSSTAATLICHKEIT, DASS MAN SICH AUF GESETZE VERLASSEN KANN	40.2	42.3	31.1	39.4	41.0	47.8	45.2	37.4	35.6	42.2	38.3	45.3	37.0
WELTOFFENHEIT	40.0	39.3	43.3	35.2	44.5	37.2	41.7	43.2	37.8	41.2	38.8	44.7	37.2
SCHUTZ VON PRIVATEIGENTUM	39.6	41.2	32.5	38.3	40.8	36.8	38.1	40.4	41.4	45.3	34.0	50.8	32.4
CHRISTLICHER GLAUBE, CHRISTLICHE WERTE ..	32.2	34.5	22.1	29.9	34.4	32.8	33.2	29.4	33.8	31.4	33.1	33.5	31.7
SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE	30.5	32.2	23.3	26.6	34.2	33.5	34.8	30.6	26.3	29.3	31.7	34.4	28.2
LEISTUNGS- BEREITSCHAFT	28.3	29.9	21.2	25.5	30.9	25.9	36.5	23.7	28.4	28.7	27.8	27.3	29.1
TOLERANZ	27.4	28.6	21.9	25.4	29.3	33.3	32.1	27.9	20.9	28.6	26.2	30.3	25.6
FAMILIENSINN, GROSSE BEDEUTUNG DER FAMILIE	26.5	27.6	21.6	21.2	31.5	18.9	35.3	26.8	24.9	24.0	28.9	26.8	26.5

HALBGRUPPE B 610

HIER AUF DER LISTE SIND VERSCHIEDENE WERTE AUFGESCHRIEBEN. WAS WÜRDEN SIE SAGEN: WELCHE WERTE VERBINDEN DIE MITGLIEDS-
 LÄNDER DER EU, WELCHE WERTE WERDEN VON DEN EU-MITGLIEDSLÄNDERN IM GROSSEN UND GANZEN GETEILT? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 9/B)

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU		GRUNDLEGENDE REFORMEN KOMMEN		IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	JA	GLAUBE NICHT	GEMEINSAM- KEITEN	GEGEN- SÄTZE
Basis	201	140	34	87	72	57	317	159	445	73	132	349	142	373
DEMOKRATIE	63.6	65.2	35.1	62.5	56.2	53.7	68.4	42.0	57.9	65.6	73.0	53.1	82.4	52.3
MEINUNGSFREIHEIT, PRESSEFREIHEIT	59.5	58.3	42.9	46.4	44.2	46.7	64.7	38.2	52.4	55.6	72.2	47.0	66.7	49.4
RELIGIONSFREIHEIT ..	53.7	58.6	34.8	52.5	37.3	51.8	58.5	42.2	49.9	58.4	65.5	46.4	61.2	50.0
FREIES UNTERNEHMERTUM	48.7	47.0	44.8	52.8	47.7	37.1	53.7	36.3	48.0	52.9	57.4	45.5	53.9	46.0
ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE	55.8	44.6	34.9	51.9	30.9	41.9	56.2	32.2	46.2	57.7	57.1	42.8	69.4	38.1
GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN	51.1	46.2	35.1	55.6	32.3	36.8	54.9	28.7	43.1	62.9	61.3	40.4	61.0	40.9
FREIHEIT DES EINZEL- NEN, DASS SICH JEDER SELBST VERWIRKLICHEN KANN	51.6	42.5	30.0	56.8	31.4	43.1	55.7	26.7	44.0	54.6	57.6	40.6	64.7	39.9
RECHTSSTAATLICHKEIT, DASS MAN SICH AUF GESETZE VERLASSEN KANN	46.0	41.8	27.9	46.9	34.6	24.9	52.8	15.4	39.4	48.2	54.8	35.1	61.1	31.2
WELTOFFENHEIT	45.7	44.3	25.2	36.5	30.3	34.3	44.4	26.0	37.3	56.3	49.3	34.8	55.4	32.7
SCHUTZ VON PRIVATEIGENTUM	43.6	38.0	26.1	45.0	37.7	38.9	49.6	24.5	39.1	43.7	52.2	32.7	52.0	35.2
CHRISTLICHER GLAUBE, CHRISTLICHE WERTE ..	37.8	34.5	20.2	29.6	20.1	37.8	35.7	25.7	32.5	38.1	42.3	27.3	38.9	27.8
SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE	36.8	24.6	23.7	41.7	19.0	25.4	38.7	13.3	29.6	33.2	48.2	23.2	43.7	25.6
LEISTUNGS- BEREITSCHAFT	31.8	29.1	22.3	30.9	28.2	16.1	33.8	16.8	25.8	41.6	23.0	28.3	44.9	20.8
TOLERANZ	30.7	25.7	28.9	35.2	22.3	11.3	34.5	15.2	25.9	30.2	39.0	20.8	45.9	19.4
FAMILIENSINN, GROSSE BEDEUTUNG DER FAMILIE	32.8	26.9	22.8	24.3	19.8	18.2	30.0	14.5	24.7	31.0	38.6	20.1	32.1	23.1

EU nach dem Brexit

Deutschland in der EU

Europäische Flüchtlingspolitik

Zukunft der Europäischen Union

HIER AUF DIESER LISTE STEHEN VERSCHIEDENE BEREICHE. WAS WÜRDEN SIE SAGEN: IN WELCHEN DIESER BEREICHE SOLLTEN DIE MITGLIEDSLÄNDER DER EU STÄRKER ZUSAMMENARBEITEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 11)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		AN EUROPAPOLITIK -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK .	89.4	89.6	88.1	88.2	90.4	92.2	90.4	88.7	87.7	91.6	87.0	93.0	86.7
BEIM KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT	79.3	78.8	81.3	80.8	77.8	72.3	74.3	80.3	85.1	83.7	74.7	85.5	74.7
BEI DER TERRORABWEHR	77.0	77.3	75.7	78.0	76.0	73.1	72.3	80.2	79.1	78.7	75.2	80.9	74.0
BEIM UMWELTSCHUTZ ..	67.1	67.8	64.2	65.6	68.5	69.6	64.9	69.9	64.7	68.2	66.0	72.9	63.3
IN DER AUSSENPOLITIK	63.9	64.4	61.5	65.4	62.5	56.4	63.9	64.4	67.4	66.8	60.9	70.1	59.4
BEIM UMGANG MIT KORRUPTION	56.0	55.3	59.2	59.2	53.1	48.3	54.1	56.7	60.7	62.0	49.9	65.4	49.7
IN DER VERTEIDIGUNGSPOLITIK	54.8	57.0	45.2	57.7	52.1	46.0	59.7	55.1	56.3	58.4	51.1	62.6	49.2
BEIM EINSATZ FÜR MENSCHENRECHTE	53.4	54.3	49.6	49.1	57.5	52.5	49.2	58.8	51.9	55.7	51.1	60.4	48.7
IN DER ENERGIEPOLITIK	47.6	46.9	50.8	48.8	46.5	45.9	40.4	52.6	48.7	52.2	42.9	55.3	42.3
BEIM DATENSCHUTZ ...	46.7	45.8	50.8	44.5	48.8	49.4	47.6	43.6	47.4	46.5	46.9	50.8	43.6
BEIM SCHUTZ DER MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT	38.6	39.2	35.8	37.8	39.4	32.2	40.3	39.3	40.3	40.9	36.2	46.9	32.5
IN DER BILDUNGSPOLITIK	37.2	36.8	39.1	35.0	39.3	39.8	38.4	36.3	35.9	36.1	38.4	41.5	34.0
IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK .	35.5	35.7	34.4	37.5	33.6	29.7	36.2	35.9	37.7	39.2	31.6	42.5	30.2
IN DER SOZIALPOLITIK	33.5	34.1	31.1	33.9	33.1	28.4	39.1	30.8	35.2	35.7	31.3	38.7	30.0
IN DER GESUNDHEITSPOLITIK .	31.7	31.7	31.6	28.7	34.5	26.3	28.9	32.6	35.5	32.0	31.4	35.5	29.2
IN DER STEUERPOLITIK	30.9	29.6	36.5	31.3	30.4	25.2	28.8	34.0	32.5	35.4	26.2	36.1	27.3

HIER AUF DIESER LISTE STEHEN VERSCHIEDENE BEREICHE. WAS WÜRDEN SIE SAGEN: IN WELCHEN DIESER BEREICHE SOLLTEN
 DIE MITGLIEDSLÄNDER DER EU STÄRKER ZUSAMMENARBEITEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 11)

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU		GRUNDLEGENDE REFORMEN KOMMEN		IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	JA	GLAUBE NICHT	GEMEINSAM- KEITEN	GEGEN SÄTZE
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	890	136	247	655	285	690
IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK .	92.1	91.5	81.7	91.8	89.4	77.9	91.9	81.9	90.0	85.7	93.5	87.8	89.8	88.5
BEIM KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT	80.8	78.7	82.6	72.6	75.5	86.4	80.5	77.6	81.5	64.6	77.9	79.0	75.8	80.9
BEI DER TERRORABWEHR	80.1	75.6	78.6	70.6	71.3	81.7	77.2	76.7	78.9	65.0	79.7	77.0	75.4	78.2
BEIM UMWELTSCHUTZ ..	66.1	71.4	67.7	80.6	64.7	52.7	74.6	52.0	69.4	62.7	76.6	62.5	71.8	64.1
IN DER AUSSENPOLITIK	67.5	70.3	56.8	56.4	66.6	54.7	71.6	51.5	66.6	53.8	72.1	60.2	70.5	60.7
BEIM UMGANG MIT KORRUPTION	53.2	54.3	63.8	59.0	63.3	55.0	59.3	47.6	60.1	38.2	70.6	50.8	56.7	57.3
IN DER VERTEIDIGUNGSPOLITIK	62.3	56.4	53.7	41.6	49.2	53.0	61.6	43.0	58.1	47.9	58.9	53.7	56.8	53.5
BEIM EINSATZ FÜR MENSCHENRECHTE	50.7	58.9	38.5	68.1	57.3	41.4	58.6	38.5	55.3	38.7	63.5	45.5	57.2	50.5
IN DER ENERGIEPOLITIK	47.0	48.2	46.4	57.8	50.1	37.3	52.8	38.6	49.1	44.9	56.5	43.7	52.9	46.0
BEIM DATENSCHUTZ ...	46.4	47.6	46.2	49.3	47.1	42.5	49.7	38.7	48.4	40.0	51.2	41.7	49.4	45.0
BEIM SCHUTZ DER MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT	37.1	40.5	41.8	37.9	50.8	31.6	44.3	27.8	41.1	28.0	46.0	35.9	36.4	39.5
IN DER BILDUNGSPOLITIK	33.6	37.8	42.5	38.9	49.7	34.3	39.3	31.5	38.6	31.0	47.5	33.0	37.8	36.3
IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK .	38.5	35.1	34.6	29.7	42.6	32.0	38.3	26.4	38.1	31.2	45.8	31.3	36.3	34.2
IN DER SOZIALPOLITIK	29.5	36.4	25.9	35.6	45.9	37.0	35.8	26.1	33.7	28.6	43.9	29.3	35.0	33.1
IN DER GESUNDHEITSPOLITIK .	29.9	35.3	31.5	27.5	35.9	34.4	31.7	27.1	32.7	27.5	34.8	31.5	32.9	31.4
IN DER STEUERPOLITIK	30.5	33.2	24.2	31.5	30.7	32.2	33.6	25.9	32.6	21.8	43.8	26.7	31.5	30.3

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	435	147	582	Personen
B	465	145	610	Personen
Insgesamt	900	292	1192	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 385 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 15. bis 29. Juni 2018 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.087

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.087 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Juni 2018			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	18	18	18	18
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	20	20	20	20
45 - 59 Jahre	28	28	28	28
60 Jahre und älter	34	34	34	34
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2016

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.087 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Juni 2018			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	61	62	61	61
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>38</u>	<u>39</u>	<u>39</u>
	100	100	100	100
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	12	12	12	12
Angestellte	40	40	40	40
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	7	6	6
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>38</u>	<u>39</u>	<u>39</u>
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	52	52	52	52
- Männer	26	26	26	26
- Frauen	26	26	26	26
Ledig	31	31	31	32
Verwitwet, geschieden	<u>17</u>	<u>17</u>	<u>17</u>	<u>16</u>
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	24	24	24	24
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	17	17
- 4 Personen	14	14	15	14
- 5 und mehr Personen	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>4</u>	<u>5</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2016

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 11087
Juni 2018

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu neutralen Themen:

1.	"Zu Europa:	JA, DAS STIMMT.....	1
T	Wenn jemand sagt: 'Europa ist unsere Zukunft'. Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?"	MEINER MEINUNG NACH NICHT RICHTIG	2
		UNENTSCHIEDEN	3
2.	"Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union? Würden Sie sagen ..."	"sehr großes Vertrauen"	1
T		"großes Vertrauen"	2
		"nicht so großes Vertrauen"	3
		"kaum, gar kein Vertrauen"	4
		UNENTSCHIEDEN	5
3. a)	"Glauben Sie, dass innerhalb der EU grundlegende politische Reformen und wichtige Veränderungen nötig sind, oder glauben Sie das nicht?"	GRUNDLEGENDE REFORMEN NÖTIG	1
T		GLAUBE DAS NICHT	2
		UNENTSCHIEDEN	3
b)	"Und glauben Sie, dass es zu grundlegenden Reformen kommt, oder glauben Sie das nicht?"	KOMMT ZU GRUNDLEGENDEN REFORMEN.....	4
		GLAUBE DAS NICHT	5
		UNENTSCHIEDEN	6
4.	"Würden Sie sagen, unter den Ländern der Europäischen Union überwiegen Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen, oder überwiegen Gegensätze und unterschiedliche Interessen?"	GEMEINSAMKEITEN, GEMEINSAME INTERESSEN	1
T		GEGENSÄTZE, UNTERSCHIEDLICHE INTERESSEN	2
		UNENTSCHIEDEN	3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

5.	INTERVIEWER überreicht graue Liste 1 !		
T	"Was würden Sie sagen, was von dieser Liste sind europäische Werte, also Werte, die Sie mit Europa verbinden?" (Alles Genannte einkreisen!)		
		/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /	
		/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /	
		NICHTS DAVON	X

In der repräsentativen Halbgruppe B:

5.	INTERVIEWER überreicht graue Liste 1 !		
t	"Hier auf der Liste sind verschiedene Werte aufgeschrieben. Was würden Sie sagen: Welche Werte verbinden die Mitgliedsländer der EU, welche Werte werden von den EU-Mitgliedsländern im Großen und Ganzen geteilt?" (Alles Genannte einkreisen!)		
		/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /	
		/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /	
		KEINE DAVON	X

6.	"Wie ist Ihr Eindruck: Wie groß ist ganz allgemein die Solidarität, der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union? Würden Sie sagen, der Zusammenhalt ist..."	"sehr groß"	1
T		"groß"	2
		"weniger groß"	3
		"kaum bzw. gar nicht vorhanden"	4
		UNENTSCHIEDEN	5

7. INTERVIEWER überreicht **gelbe** Liste 2 !

T "Hier auf dieser Liste stehen verschiedene Bereiche. Was würden Sie sagen:
In welchen dieser Bereiche sollten die Mitgliedsländer der EU stärker zusammenarbeiten?"
(Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 /

BEI NICHTS DAVON 0

8. "Finden Sie, Europa, also die Europäische Union, MISCHT SICH ZU VIEL EIN 1
T mischt sich zu viel in die Angelegenheiten der ein- FINDE DAS NICHT 2
zelen Mitgliedsländer ein, oder finden Sie das nicht?" UNENTSCHIEDEN 3

9. "Zum Euro: "großes Vertrauen" 1
T Wie viel Vertrauen haben Sie zu der gemeinsamen "weniger Vertrauen" 2
europäischen Währung? Haben Sie ..." "kaum, gar kein Vertrauen" 3
UNENTSCHIEDEN 4

In der repräsentativen Halbgruppe A:

10. "Bringt der Euro für Deutschland alles in allem mehr BRINGT VORTEILE 1
T Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie BRINGT NACHTEILE 2
sagen, Vorteile und Nachteile gleichen sich aus?" GLEICHEN SICH AUS 3
UNENTSCHIEDEN 4

In der repräsentativen Halbgruppe B:

10. "Wie sehen Sie das, würde Deutschland ohne den Euro WÜRD E BESSER DASTEHE N 1
T wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder WÜRD E SCHLECHTER DASTEHE N 2
in etwa genauso gut?" GENAUSO GUT 3
UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 4

11. "Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die weitere "sehr wichtig" 1
T wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, dass der Euro "wichtig" 2
und die Euro-Zone bestehen bleiben? Ist das für die wei- "weniger wichtig" 3
tere wirtschaftliche Entwicklung Ihrer Meinung nach ..." "gar nicht wichtig" 4
UNENTSCHIEDEN 5

12. "Von welchem Land geht Ihrer Meinung nach derzeit das GRIECHENLAND 1
T größte Risiko für die Euro-Zone aus: von Griechenland, SPANIEN 2
Spanien, Italien, Frankreich, oder von wem sonst?" ITALIEN 3
FRANKREICH 4
ANDERES LAND, und zwar: 8
UNENTSCHIEDEN 9

Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

In der repräsentativen Halbgruppe A:

13. "Noch einmal zur EU: "sehr groß" 1
T Wie groß ist der Einfluss von Deutschland in der EU? "groß" 2
Würden Sie sagen ..." "weniger groß" 3
"gar nicht groß" 4
UNENTSCHIEDEN 5

In der repräsentativen Halbgruppe B:

<u>13.</u> T	"Noch einmal zur EU: Wie sehen Sie das: Wie groß ist der Einfluss von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der EU? Würden Sie sagen ..."	"sehr groß"..... 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "gar nicht groß" 4 UNENTSCHIEDEN 5
-----------------	---	---

In der repräsentativen Halbgruppe A:

<u>14.</u> T	"Und hat der Einfluss Deutschlands in der EU in den letzten zwei, drei Jahren zugenommen oder abgenommen, oder ist er gleich geblieben?"	ZUGENOMMEN..... 1 ABGENOMMEN..... 2 GLEICH GEBLIEBEN 3 UNENTSCHIEDEN 4
-----------------	--	---

In der repräsentativen Halbgruppe B:

<u>14.</u> T	"Wie zufrieden sind Sie alles in allem damit, wie die Bundesregierung die Interessen Deutschlands in der Europäischen Union vertritt? Sind Sie damit ..."	"sehr zufrieden" 1 "zufrieden" 2 "weniger zufrieden"..... 3 "gar nicht zufrieden" 4 UNENTSCHIEDEN 5
-----------------	---	---

In der repräsentativen Halbgruppe A:

<u>15.</u> T	"Einmal ganz allgemein gefragt: Was wäre Ihrer Meinung nach für die Zukunft, für die weitere Entwicklung Deutschlands besser: Wenn Deutschland Mitglied der Europäischen Union bleibt, oder wenn Deutschland die Europäische Union verlässt?"	MITGLIED BLEIBEN 1 EU VERLASSEN 2 UNENTSCHIEDEN 3
-----------------	---	---

In der repräsentativen Halbgruppe B:

<u>15.</u> T	"Einmal ganz allgemein gefragt: Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?"	MEHR VORTEILE 1 MEHR NACHTEILE 2 GLEICHEN SICH AUS 3 WEISS NICHT 4
-----------------	--	---

In der repräsentativen Halbgruppe A:

<u>16.</u> T	"Es gibt EU-Länder, die immer wieder gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, also z.B. Minderheiten im eigenen Land keinen Schutz gewähren, Zuständigkeiten des Verfassungsgerichts einschränken oder die politische Gewaltenteilung ignorieren. Wie sehen Sie das: Sollte es für EU-Länder, die rechtsstaat- liche Prinzipien nicht einhalten, Sanktionen geben, z.B. weniger EU-Fördergelder oder kein Stimmrecht bei Abstimmungen, oder sollte es für diese Länder keine Sanktionen von der EU geben?"	SOLLTE SANKTIONEN GEBEN 1 KEINE SANKTIONEN 2 UNENTSCHIEDEN 3
-----------------	---	--

In der repräsentativen Halbgruppe B:

<u>16.</u>	INTERVIEWER überreicht rosa Bildblatt 3 ! "Es gibt EU-Länder, die immer wieder gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, also z.B. Minderheiten im eigenen Land keinen Schutz gewähren, Zuständigkeiten des Verfassungsgerichts einschränken oder die politische Gewaltenteilung ignorieren. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der Obere oder der Untere?"	DER OBERE 1 DER UNTERE 2 UNENTSCHIEDEN 3
------------	---	--

In der repräsentativen Halbgruppe A:

17.	"Nach dem Austritt Großbritanniens fehlt im EU-Haushalt nun der Anteil, den Großbritannien an die EU gezahlt hat. Was meinen Sie, wie sollte die EU diesen Einnahmenverlust ausgleichen: Sollten alle anderen Mitgliedsländer den Beitrag Großbritanniens ausgleichen und einen höheren Betrag an die EU zahlen, oder sollte die EU Einsparungen vornehmen, um den fehlenden Betrag auszugleichen?"	MITGLIEDSLÄNDER MEHR ZAHLEN... 1 EINSPARUNGEN 2 UNENTSCHIEDEN 3
-----	---	---

In der repräsentativen Halbgruppe B:

17.	"Nach dem Austritt Großbritanniens fehlt im EU-Haushalt nun der Anteil, den Großbritannien an die EU gezahlt hat. Was meinen Sie, wie sollte die EU diesen Einnahmenverlust ausgleichen: Sollten alle anderen Mitgliedsländer den Beitrag Großbritanniens ausgleichen und einen höheren Betrag an die EU zahlen, oder sollte die EU Einsparungen vornehmen, auch wenn dann die Mittel für bestimmte Förderprogramme z. B. für die Wissenschaft oder für strukturschwache Regionen gekürzt werden müssen?"	MITGLIEDSLÄNDER MEHR ZAHLEN... 1 EINSPARUNGEN 2 UNENTSCHIEDEN 3
18.	"Was meinen Sie: Wie wird sich der Austritt Großbritanniens auf die EU auswirken? Wird der Zusammenhalt zwischen den verbliebenen Mitgliedsländern eher stärker oder eher schwächer werden?"	STÄRKER 1 SCHWÄCHER 2 KEIN UNTERSCHIED 3 UNENTSCHIEDEN 4

An späterer Stelle im Interview:

19. T	"Wie sehen Sie das: Sollte es für EU-Länder, die keine oder nur ganz wenige Flüchtlinge aufnehmen, Sanktionen geben, z.B. durch Kürzungen der Zuschüsse, oder sollte es keine Sanktionen geben?"	SANKTIONEN GEBEN 1 SOLLTE KEINE SANKTIONEN GEBEN. 2 UNENTSCHIEDEN 3
20. T	"Sollte Ihrer Meinung nach europäisch geregelt werden, wie viele Flüchtlinge jedes EU-Land aufnimmt, oder sollten das die einzelnen Mitgliedsländer der EU für sich selbst entscheiden?"	EUROPÄISCH REGELN 4 EINZELNE LÄNDER FÜR SICH 5 UNENTSCHIEDEN 6
21. T	"Was glauben Sie: Ist es möglich, die Außengrenzen der Europäischen Union wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung zu schützen, oder ist das nicht möglich?"	MÖGLICH 1 NICHT MÖGLICH 2 SCHWER ZU SAGEN 3
22. T	"Wie ist Ihr Eindruck: Bemühen sich die meisten Mitgliedsländer der EU darum, eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung der Flüchtlingssituation zu finden, oder bemühen sie sich nicht darum?"	BEMÜHEN SICH 4 BEMÜHEN SICH NICHT 5 UNENTSCHIEDEN 6
23. a) T	"Und interessieren Sie sich für Europapolitik, ich meine für die Entscheidungen, die in Brüssel oder im Europäischen Parlament in Straßburg getroffen werden, oder interessiert Sie das weniger, oder interessieren Sie sich gar nicht dafür?"	INTERESSIERT MICH 1 INTERESSIERT MICH WENIGER 2 GAR NICHT 3
b)	"Interessieren Sie sich für das aktuelle Geschehen und aktuelle Entwicklungen in anderen Mitgliedsländern der EU, oder interessiert Sie das weniger, oder interessieren Sie sich gar nicht dafür?"	INTERESSIERT MICH 1 INTERESSIERT MICH WENIGER 2 GAR NICHT 3 KOMMT DRAUF AN 4

L I S T E 1

- (1) Freiheit des Einzelnen, dass sich jeder selbst verwirklichen kann
- (2) Weltoffenheit
- (3) Christlicher Glaube, christliche Werte
- (4) Leistungsbereitschaft
- (5) Toleranz
- (6) Umweltbewusstsein
- (7) Freies Unternehmertum
- (8) Familiensinn, große Bedeutung der Familie
- (9) Achtung der Menschenwürde
- (10) Demokratie
- (11) Meinungsfreiheit, Pressefreiheit
- (12) Rechtsstaatlichkeit, dass man sich auf Gesetze verlassen kann
- (13) Gleichberechtigung von Frauen
- (14) Schutz von Privateigentum
- (15) Religionsfreiheit
- (16) Schutz der Privatsphäre
- (17) Soziale Gerechtigkeit
- (18) Schutz von Minderheiten
- (19) Dass der Staat nicht in die Wirtschaft eingreift
- (20) Verantwortungsgefühl für die Schwächeren der Gesellschaft

L I S T E 2

- (1) Beim Datenschutz
- (2) In der Außenpolitik
- (3) In der Verteidigungspolitik
- (4) In der Flüchtlingspolitik
- (5) In der Steuerpolitik
- (6) Beim Einsatz für Menschenrechte
- (7) In der Wirtschaftspolitik
- (8) Beim Umweltschutz
- (9) In der Energiepolitik
- (10) Beim Schutz der Meinungs-
und Pressefreiheit
- (11) Bei der Terrorabwehr
- (12) In der Sozialpolitik
- (13) Beim Umgang mit Korruption
- (14) In der Bildungspolitik
- (15) In der Gesundheitspolitik
- (16) Beim Kampf gegen organisierte
Kriminalität

BILDBLATT 3 entfällt !

BILDBLATT 3

"Ich finde, dass es von der EU Sanktionen geben sollte für Mitgliedsländer, die gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, z. B. weniger EU-Fördergelder oder kein Stimmrecht bei Abstimmungen."

O



"Das sehe ich anders. Dabei geht es oft um Dinge, die die inneren Angelegenheiten der Länder betreffen. Die EU-Mitgliedsländer sollten die Freiheit haben, rechtsstaatliche Prinzipien einzuschränken, ohne dass die EU dagegen vorgeht."

U

